: antifaschistische nachrichten **Nr. 16**

g 3336 12.8.2010 26. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Naziaufmarsch in Dortmund am 4. September verhindern!

DORTMUND. Mit Kunst und Kultur gegen Nazis! Das hat sich das Bündnis Dortmund gegen Rechts vorgenommen. Dem sogenannten „Antikriegs-Aufmarsch" der Nazis am 4. September will das Bündnis mit „KULTOUR" begegnen, also einer Tour mit antifaschistischer und antimilitaristischer Kultur, an der sich Trommlergruppen, Musiker, Schauspieler und Kabarettisten beteiligen. Dafür hat das Bündnis eine Route durch die Nordstadt angemeldet, die mehrere antifaschistische Gedenkorte mit einbezieht. So die Steinwache, das ehemalige Gestapo-Gefängnis, die Stele auf dem Nordmarkt, die an den Überfall der SA im Jahr 1932 in der Nordstadt und dessen Opfer erinnert, schließlich den Gedenkstein für die ermordeten Sinti und Roma an der Weißenburger Straße.

Das Bündnis sieht dies auch als seinen Beitrag zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches an. Die Polizei will aus „ordnungstechnischen Gründen" und „Sicherheitsbedenken" diese Strecke nicht bewilligen, so wurde anlässlich eines Kooperationsgesprächs von der Polizei mitgeteilt.

Das erinnert fatal an das Verbot 2008, als der „Aktion 65 plus" der Zugang zu den Stolpersteinen an der Nazi-Route verwehrt wurde. Wieder einmal soll den Nazis ein ganzer Stadtteil für ihre Hetze freigemacht werden.

„Wir sind empört und fragen: Wessen Recht auf Demonstrationsfreiheit wird hier geschützt, wem wird es verweigert? Während verbal immer wieder Bürgerengagement gegen Rechts eingefordert wird, wird die Umsetzung solchen Tuns rigoros zurückgewiesen. Ein verheerendes Signal in unserer Stadt, die unter der Nazi-Plage leidet und in der alle Kräfte zu deren Zurückweisung mobilisiert werden müssten." *Bündnis Dortmund gegen Rechts*

http://bdgr.blogsport.de ■

Aus dem Inhalt:

Internetseite der Gedenkstätte Buchenwald gehackt

WEIMAR. Die Internetseiten der KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sind am Mittwochmorgen von Neonazis zum Teil zerstört worden. Die Hacker entfernten die Startseite von buchenwald.de sowie zahlreiche Fotos und Texte und stellten stattdessen rechtsradikale Symbole und Sätze wie „Brown is beautiful" („Braun ist schön") oder „Wir kommen wieder" ein; dora.de wurde komplett gelöscht. Außerdem seien die Seiten mit Internetangeboten verlinkt worden, auf denen der Holocaust geleugnet werde, teilte Stiftungsdirektor Volkhard Knigge mit. Die Stiftung hat Anzeige erstattet; die Polizei in Jena ermittelt wegen Computersabotage.

buchenwald.de konnte immerhin zum Teil wiederhergestellt werden. Es existieren allerdings nicht für alle Dokumente Sicherheitskopien. Die Online-Ausgabe des Totenbuchs etwa, das die Namen von rund 38.000 Opfern des Naziregimes umfasst, ist verloren.

Die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. hat diese jüngsten Angriffe auf die Internet-Präsentation der Gedenkstätte Buchenwald in aller Schärfe verurteilt. In ihrer Pressemitteilung heißt es: „Anfang der 90er Jahre propagierten Neonazis, dass Deutschland nur auf den Trümmern der KZ-Gedenkstätten wieder groß werden könne. Dieses Ziel haben sie – durch den aktiven Einsatz der Überlebenden und Antifaschisten sowie die breite gesellschaftliche Debatte – nicht erreicht. Jedoch waren immer wieder neofaschistische Provokationen in der KZ Gedenkstätte Buchenwald und an anderen Orten des Gedenkens zu verzeichnen. Nun versuchen offenkundig Neonazis auf elektronischem Wege durch einen Hacker-Angriff auf die Homepage der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora das politische Gedenken zu behindern. Besonders pervers ist dabei die Umleitung auf Seiten der Holocaust-Leugnung. Die eigentliche Zielrichtung dieses Angriffes wird darin sichtbar, dass die Täter den Zugang zum Totenbuch des KZ Buchenwald beschädigt haben. Es geht ihnen offenkundig darum, die Erinnerung an die weit über 50.000 Opfer der faschistischen Verbrechen in Buchenwald auszulöschen. Das ist Leugnung des faschistischen Massenmordes und ist nach dem Straftatbestand der Volksverhetzung zu verurteilen."

Der Vorfall zeige, so die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke, dass neofaschistische Straftaten auch im Netz ernst genommen werden müssen. „Die Nazis nutzen das Internet nicht mehr nur für ihre eigene Vernetzung und Selbstdarstellung. Sie haben offenbar damit begonnen, den Kampf gegen Andersdenkende auch im Internet zu führen und gezielte Angriffe zu führen. Die Entfernung des Totenbuches von der Homepage der Gedenkstätte Buchenwald ist politisch nicht anders zu bewerten als die Leugnung des faschistischen Völkermordes. Ich rufe die Ermittlungsbehörden auf, hier nicht wegen eines einfachen Internetdeliktes zu ermitteln, sondern wegen Volksverhetzung.

Die Länderregierungen, aber auch die Bundesregierung sollten die Gedenkstätten dabei unterstützen, durch technische Sicherungen solche Nazi-Angriffe abzuwehren. Auch das wäre ein Beitrag im Kampf gegen Rechts."

nach PM Dr. Ulrich Schneider, VVN-BdA Hessen und PM Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE ■



http://dortmundquer.blogsportde

Neuer Verlagschef

KÖLN. Der ehemalige Chefredakteur der Koblenzer „Rhein-Zeitung“, Martin Lohmann (53), ist neuer Verlagsleiter bei J. P. Bachem Medien in Köln. Das langjährige CDU-Mitglied ist Sprecher des „Arbeitskreis Engagierter Katholiken in der CDU“ (AEK) und Bundesvorsitzender des „Lebensschützer“-Dachverbandes „Bundesverband Lebensrecht“ (BVL).

Im Frühjahr gehörte Lohmann zu den Erstunterzeichnern des „Manifest gegen den Linkstrend“ der CDU, das u.a. in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht wurde. Noch im April diesen Jahres druckte die „Junge Freiheit“ einen Kommentar Lohmanns ab, in dem dieser sich über den Versuch der niedersächsischen CDU-Landesministerin Aygül Özkan ereiferte, das Kreuz aus öffentlichen Räumen zu entfernen. Bei J. P. Bachem soll sich Lohmann künftig besonders um die „kirchennahen Medien“ kümmern. Insbesondere um die Zukunft des Flagschiffs des Verlages, die „Kirchenzeitung“ des Erzbistums Köln, ist man besorgt. Im vergangenen Jahr sank die Auflage des Blattes, deren Herausgeber der katholische Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner ist, um 7,7 % und liegt nun bei 47 854 Exemplaren. Seit 2006 ist der „Opus Dei“-Mann Stephan Georg Schmidt Chefredakteur der Kölner „Kirchenzeitung“. Ende 2006 verfügte das Blatt noch über eine Auflage von 67 000 Exemplaren. *hma* ■

Zoff um Wilders-Einladung

BERLIN. Die Einladung des aus der CDU ausgetretenen Berliner Abgeordneten Rene Stadtkewitz an den niederländischen Rechtsausleger Geert Wilders, am 2. Oktober in Berlin aufzutreten, hat in der Berliner CDU für Verärgerung gesorgt. CDU-Fraktionschef Henkel forderte Stadtkewitz, der noch der CDU-Fraktion angehört, in einem offenen Brief auf, sich an keiner Veranstaltung mit Geert Wilders zu beteiligen und keine „Organisation oder Partei“ zu unterstützen, die „in Konkurrenz zur Berliner CDU“ bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 antreten wolle. Eine Rückgängigmachung der Einladung an Wilders lehnte Stadtkewitz ab. Islam-Gegner Wilders hatte Mitte Juli angekündigt, zum Jahresende eine „Allianz der Freiheit“ gründen zu wollen, die sich in der gesamten westlichen Welt ausbreiten soll. Beginnen wolle er mit dem Aufbau seiner Bewegung zunächst in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA und Kanada. Denkbar wäre sowohl eine Einbindung bereits bestehender Parteien als auch die Gründung von Ablegern der Wilders-Partei durch eigens ausgewählte Personen. *hma* ■

„Pro NRW“-Aktionen angekündigt

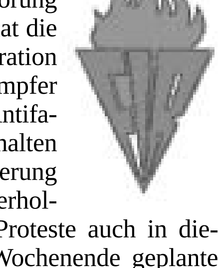
DUISBURG/AACHEN. Unter dem Motto „Sauerland geht – Pro NRW kommt: Oberbürgermeister Adolf Sauerland sofort abwählen!“ will die extrem rechte „Bürgerbewegung pro NRW“ am Samstag, den 28. August, in Duisburg demonstrieren. Geplant sei eine Protestdemonstration durch die Duisburger Innenstadt und eine Abschlusskundgebung auf dem Burgplatz vor dem Duisburger Rathaus, kündigt „Pro NRW“ an. Selbst in der einschlägig rechten Szene wird die Ankündigung mehrheitlich abgelehnt. „PRO möchte Sauerland doch nicht wirklich rausfegen, so realitätsfern sind die nicht“, so ein Kommentar im extrem rechten Webportal „gesamtrechts“. „Die möchten einzig und allein Bekanntheit in Duisburg erlangen und für sich werben“. Zuvor will „Pro NRW“ am 20. August von 11 bis 13 Uhr eine Mahnwache vor dem Aachener Polizeipräsidium durchführen. Unter dem Motto „Solidarität mit Wolfgang Palm!“ ruft man zur Unterstützung des unlängst zum örtlichen „Pro NRW“-Kreisvorsitzenden gewählten Polizeihauptkommissars auf. Aachens Polizeipräsident Oelze wirft „Pro NRW“ vor, „verbal Amok“ zu laufen. Er hatte angekündigt, den „Pro NRW“-Funktionär in einen Bereich mit wenig Publikumsverkehr zu versetzen, und auch disziplinarische Maßnahmen nicht ausgeschlossen. Im März 2006 hatte ein Wolfgang Palm aus Aachen in einem Leserbrief im rechten Wochenblatt „Junge Freiheit“ auf die KBW-Vergangenheit der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ursula Schmidt hingewiesen und behauptet, „der Sozialismus ist wirklich nicht tot, sondern lebt in persona unserer Gesundheitsministerin Ursula Schmidt weiter“, so Palm. *hma* ■

Protest gegen Nazi-Kundgebung in Erfurt

ERFURT. Am 30. Juli haben etwa 25 Neonazis eine Kundgebung im Erfurter Stadtteil Wiesenhügel durchgeführt, zu der die „Freien Kräfte Erfurt“ aufgerufen hatten. Die „Antifaschistische Koordination Erfurt [ake]“ protestiert gegen diesen wiederholten neonazistischen Aufmarsch in Erfurt. Hinter ihrem angeblichen Protest gegen die Schließung des Jugendclubs „Urne“ versteckt sich neonazistische Ideologie. Ulli Klein, Sprecherin der [ake], erklärt: „Schon lange versuchen Nazis, soziale und kommunale Themen von rechts zu besetzen. Dahinter stecken aber nur neonazistische Ideologie, Rassismus und Antisemitismus. Wir werden uns weiterhin gegen die Präsenz von Nazis in Erfurt wehren. Wir rufen die Menschen in Erfurt auf, sich nicht nur am 1. Mai gegen Nazis zu wehren, sondern auch im Alltag gemeinsam Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus die rote Karte zu zeigen!“ Die [ake] begrüßt, dass auch am 30.7. wieder Menschen im Erfurter Südosten gegen das Auftreten der Nazis protestiert haben – leider aber viel zu wenige. Klein kritisiert: „Durch ungestörte Kundgebungen, Veranstaltungen und ihre Präsenz im Alltag kann es den Neonazis gelingen, sich in Erfurt fest zu verankern. Die Stadt darf diesem Treiben nicht länger unbeteiligt zuschauen. Stadt, demokratische Organisationen und antifaschistische Initiativen müssen endlich gemeinsam Widerstand gegen das braune Treiben in Erfurt organisieren!“

Antifaschistische Koordination Erfurt [ake] ■

Treffen ehemaliger SS-ler erlaubt



ESTLAND. Mit Empörung und Enttäuschung hat die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten auf das Verhalten der estnischen Regierung reagiert, trotz wiederholter internationaler Proteste auch in diesem Jahr das am Wochenende geplante Treffen von ehemaligen Angehörigen der 20. estnischen SS-Division in Sinimäe zu genehmigen. Die FIR und die Veteranenverbände, Europaabgeordnete, Demokraten aus vielen Ländern haben auf vielen Wegen der estnischen Regierung in den vergangenen Jahren deutlich gemacht, dass die Genehmigung solcher Aufmärsche faktisch eine Rehabilitierung der SS-Verbrechen darstellt, die von der internationalen Völkergemeinschaft nicht hingenommen werden kann. Völlig unbeeindruckt von solchen Protesten hatte der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves Anfang Mai diesen Jahres selber die Veteranen der SS-Verbände als „Kämpfer für die Freiheit Estlands“ gewürdigt.

Die FIR fordert die estnische Regierung auf, die historischen Tatsachen anzuerkennen, dass die SS-Verbände unmittelbar und direkt in zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingebunden waren und es im Interesse eines wahrheitsgemäßen Geschichtsbildes nicht hinnehmbar ist, sie als „Freiheitskämpfer“ zu bezeichnen. Das Vermächtnis des 65 Jahrestages der Befreiung vom 8. Mai 2010 heißt: Nie wieder darf es ein SS-Europa geben. Es darf keine Rehabilitierung der SS-Verbrecher und ihrer Taten zugelassen werden. Dies ist eine Ver-

pflichtung auch der heutigen Generationen. Solche SS-Treffen darf es weder in Estland noch in anderen europäischen Ländern geben.

FÉDÉRATION INTERNATIONALE DES RÉSISTANTS (FIR) ASSOCIATION ANTIFASCISTE ■

2:0 für Antifa: NPD-Kund gebung mit Vuvuzelas mundtot gemacht

HAMBURG. Eine Kundgebung der neofaschistischen NPD am 17. Juli in Hamburg-Wandsbek mit ca. 50 Kameraden und ein paar Nazissen konnte mit Hilfe von Vuvuzelas und lautstarken Protesten von 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten mundtot gemacht werden. Die Hetze der Nazis im Hamburger Stadtteil Wandsbek gegen die geplante Schulreform und Kinder migrantischer Herkunft ging klanglos unter.

Der Busbahnhof Wandsbek Markt wurde hermetisch abgeschirmt. 300 Polizisten mit mehreren Wasserwerfern schützten die Neonazis. Dass die Kundgebung überhaupt genehmigt wurde, ist Skandal genug. Leiter der Kundgebung war der Nazi Manfred Börm aus Handorf (Niedersachsen), der bis heute die Schläger des NPD-Ordnerdienstes anleitet, wegen Wehrwolf-Untergrundaktivitäten im Gefängnis saß und leitender Funktionär verbotener Organisatoren war. Angemeldet wurde die Kundgebung von Raphael Niemann, der 2007 Scheiben ausländischer Restaurants in Altona einwarf und 2009 mit sog. Schlagschutzhandschuhen auf politische Gegner einschlug. Redner der NPD, der auch auf dem Video zu sehen ist (http://www.keine-stime-den-nazis.org/), ist Ingo Stawitz. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Schleswig-Holstein, leugnet den Holocaust und wurde verurteilt wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung.

Weitere Redner waren NPD-Vorstandsmitglied Thomas Wulff, der 2008 bei der Beerdigung von Friedhelm Busse eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz auf dem Grab ausbreitete sowie Michael Schäfer, Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Das Hamburger Bündnis gegen Rechts organisierte mit Beteiligung der Wandsbeker LINKEN eine Gegenkundgebung, die mit Redebeiträgen und Musik die Hetztiraden der Nazis ebenfalls übertönte und die Bevölkerung informierte. Redner/innen waren u.a. das Hamburger Bündnis gegen Rechts, Christiane Schneider von der Fraktion der LINKEN in der Bürgerschaft, die Studierenden-Gruppe der GEW, Jan Rübke für die LINKE in Wandsbek, ein Mitglied der Grünen Jugend und die VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■



Stuttgart. „Erhalt des Hotels Silber!" forderten Demonstranten von Oberbürgermeister Schuster, der im Rathaus beim Empfang zum Stuttgart CSD das Grußwort der Stadt sprach.

Kein Nazizentrum in Weiler!

STUTTGART. Am vergangenen Mittwoch, 28.7.2010, fand im Vereinsheim des TV Weiler eine Infoveranstaltung der Initiative „Weiler schaut hin! e.V." unter dem Motto „Kein Nazizentrum in Weiler! Was will die NPD?" statt, an der über 40 Menschen teilnahmen. Nach der Begrüßung und einem kurzen Vortrag über die Entstehungsgeschichte und die Arbeit des Vereins durch einen Sprecher von Weiler schaut hin! e.V. referierte Jochen Dürr – Landessprecher der VVN-BdA – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, über die aktuelle Situation im Großraum Stuttgart. Er berichtete über die personelle Aufstellung und die Ziele von NPD-Funktionären und legte Zusammenhänge zu rechtextremistischen Terrorstrukturen dar.

Es folgte eine Rede der „Antifaschistischen Aktion (Aufbau) Stuttgart", in der über die Zusammenarbeit mit „Weiler schaut hin!" und über die NPD in Baden-Württemberg berichtet wurde. Im Anschluss daran kam es zu einer lebhaften Diskussion, die mit dem Ergebnis endete, dass man gemeinsam mit allen demokratischen, antifaschistischen Organisation und Einzelpersonen aus der Region im Laufe des Jahres deutliche Zeichen für ein Zusammenleben ohne Rassismus und Nazihetze setzen und gemeinsam öffentlichen Druck gegen das NPD-Haus „Linde" in Weiler aufbauen will. Man war der Meinung, dass es fast drei Jahre nach der letzten größeren antifaschistischen Demonstration in Weiler höchste Zeit wäre, erneut ein klares und deutliches Zeichen gegen die NPD-Präsenz im Rems-Murr Kreis zu setzen und erste Schritte, hin zu einer langfristig angelegten, gemeinsamen antifaschistischen Arbeit in der Region zu gehen.

Hierzu wird ein erstes Bündnistreffen zur Diskussion und Planung der Kampagne gegen die „Linde" in Weiler und die organisierte Naziszene in der Region stattfinden, bei der alle antifaschistischen Menschen willkommen sind. Bei diesem Treffen sollen weitere Aktionsschwerpunkte für den Herbst dieses Jahres geplant werden.

www.weiler-schaut-hin.de ■

Vertriebenen-Charta ist ein Dokument des Revanchismus

BERLIN. „Die Charta der Heimatvertriebenen bleibt ein Dokument des Revanchismus" so Ulla Jelpke anlässlich des 60. Jahrestages der Verkündigung dieser Erklärung. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Der nun von Erika Steinbach und anderen hervorgehobene Charakter der Charta als Dokument von Versöhnung und Friedenswillen ist dort nur schwer herauszulesen. Die Rede ist von einem ‚Verzicht auf Rache und Vergeltung' und davon, dass die Vertriebenen die ‚vom Leid dieser Zeit' - also des Zweiten Weltkriegs - ‚am schwersten Betroffenen' seien. Damit werden die Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg, der Rassevernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Bevölkerung Osteuropas und schließlich der Holocaust verschwiegen und verharmlost. Die Aussiedlung der Deutschen aus den Staaten Osteuropas war eine unmittelbare Folge dieser Verbrechen. Wer in diesem Kontext sagt, auf Rache verzichten zu wollen, verdreht bewusst historische Zusammenhänge.

Dass die Verkündigung der Charta in der von Hitler ernannten Stadt der Auslandsdeutschen, in Stuttgart, stattgefunden hat, zeigt bis heute, wes Geistes Kind diese Charta ist. Dass der Festakt ebenfalls dort stattfindet, zeigt, wie weit der Bund der Vertriebenen von einer kritischen Aufarbeitung seiner Geschichte noch entfernt ist."

Ulla Jelpke, MdB ■

Neonazis mieten Räume in München-Forstenried

NPD und „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ haben in einer größeren Gewerbeimmobilie in München-Forstenried Kellerräume angemietet. Die anderen Mieter_innen im Gebäudeensemble sind entsetzt. Im Haus probt derzeit auch der weltberühmte Tölzer Knabenchor.

April 2010: Der erste Versuch

Im April 2010 war Roland Wuttke, Funktionär des bayerischen NPD-Landesverbands und der Münchner NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) damit gescheitert, unter dem Deckmantel seiner „Westend Computer GmbH“ Räume für ein „BIA-Versammlungshaus“ bzw. „Nationales Jugendzentrum“ an der Forstenrieder Allee anzumieten. Die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e.V.) hatte damals die Anmietung recherchiert und die von den Neonazis getäuschte Vermieterin informiert. Nur wenige Stunden später wurde der Mietvertrag fristlos gekündigt.

Gegen den Willen der Besitzerin konnten die Münchner Neonazis noch eine Party mit Rechtsrock in dem älteren Hofgebäude feiern, da die von der Hausverwalterin alarmierte Polizei nicht eingegriffen hatte. Danach war der Traum vom „Nationalen Jugendzentrum“ aber erst einmal ausgeträumt.

Juni 2010: Neonazis im zweiten Anlauf

Der Vermieter des Objekts wollte sich gegenüber a.i.d.a. nicht äußern. Diesmal, so verkündet jedoch die neonazistische BIA um Stadtrat Karl Richter feixend, seien die Souterrain-Räume im Innenhof des Gebäudeensembles im Mietvertrag ausdrücklich zur Nutzung als Konferenzräume vorgesehen. In einer Pressemitteilung der BIA heißt es weiter, die Örtlichkeiten sollen als Versammlungs- und Schulungsräume genutzt werden. Des weiteren wird eine offizielle Eröffnung mit Neonazis aus ganz Deutschland angekündigt. Beobachter_innen der Szene warnen vor einer neuen Neonazizentrale von NPD, BIA und militanten Kameradschaften: Nach dem gescheiterten Immobiliendeal an der Forstenrieder Allee hatten die Münchner Neonazis schließlich das Ausweichen auf eine andere Immobilie angekündigt.

Erst am 8. Mai 2010 hatten Antifaschist_ innen und Bürger_innen des Stadtteils einen Aufmarsch Münchner Neonazis im Viertel erfolgreich mit einer Blockade gestoppt. Ent- sprechend sensibel reagierte in den letzten Tagen die Öffentlichkeit auf den bekannt gewordenen erneuten Versuch der Neonazis, sich ausgerechnet im Raum München-Forstenried/Fürstenried festsetzen zu wollen. Die neuerliche Immobilienanmietung von rechts wurde am Dienstag auch auf der Bezirksausschusssitzung (BA 19) im Bürgersaal Fürstenried diskutiert. Die anwesenden Polizeibeamten gaben am Abend jedoch keine Informationen an die versammelten Bürger_ innen.



Ist hier bald ein Nazi-Jugendzentrum Foto a.i.d.a.



Keine behördliche Warnung an Knabenchor

Mehrere Mieter_innen des nun betroffenen Gewerbegebäudes im Münchner Süden zeigten sich gegenüber a.i.d.a. schockiert über die neue Mietpartei im Untergeschoss. Besonders pikant: Im nun von den Nazis genutzten Gebäude ist nicht nur die Polizeiinspektion 34 (Forstenried) angesiedelt, sondern hier proben derzeit auch die Kinder und Jugendlichen des weltberühmten Tölzer Knabenchors. In der Bad Tölzer Chor-Verwaltung waren die Verantwortlichen über die Information durch a.i.d.a. denn auch sehr überrascht, denn die Mitarbeiter_ innen und die Kinder und Jugendlichen waren bisher nicht von den Behörden gewarnt worden. Knabenchor-Pressesprecher Peter Schulz konnte gegenüber a.i.d.a. jedoch vermelden, dass die „absolute Katastrophe“ für den Chor glücklicherweise dadurch abgewendet wird, dass der Chor in wenigen Wochen planmäßig aus diesem Gebäude auszieht.

Münchner Neonazis: gewalttätig und zerstritten

Teile der Münchner Neonaziszene haben sich unterdessen weiter zerstritten und schuld daran soll der Neonazi-Funktionär Philipp Hasselbach (Garching-Hochbrück) sein: NPD-Bundestagskandidat und BIA-Pressesprecher Philipp Hasselbach ist erneut wegen eines Gewaltdelikts ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Wie in der Neonaziszene kolportiert wird, sei Hasselbach wegen eines Vorfalls, bei dem sich Münchner Neonazis in der Nacht zum 9. Mai auf einem Partygelände am Ostbahnhof gegenseitig mit Flaschen angegriffen und schwer verletzt haben sollen, mittlerweile sogar inhaftiert worden. Die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA), das Sammlungsbecken von Neonazis aus NPD und Kameradschaften mit lokalpolitischer Ausrichtung, hat sich zum erneuten Wirbel um ihren wegen mehrerer Gewaltdelikte vorbestraften Pressesprecher Hasselbach bisher nicht geäußert. Die AktivistInnen um Wuttke, den BIA-Stadtrat und stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Karl Richter sowie die NPD-Dauerkandidatin Renate Werlberger verteilen derzeit bei Bürgerversammlungen der Stadt vielmehr Flugblätter gegen eine angebliche „Gewaltkriminalität“ von „Nichtdeutschen“.

www.aida-archiv.de ■

Naziaufmarsch in Bad Nenndorf verhindern!

Am 14. August 2010 planen Neonazis den 5. „Trauermarsch“ zum Wincklerbad in Bad Nenndorf. Sie wollen das ehemalige britische Verhörzentrum (1945-1947) zu einer überregionalen rechtsradikalen Gedenkstätte machen. Bis zum Jahre 2030 haben sie ihre „Gedenkmärsche“ schon angemeldet.

Seit 2006 konnten die Nazis ihre Teilnehmerzahlen jedes Mal steigern. Im vergangenen Jahr versammelten sich bereits über 700 Rechtsradikale in dem Kurort. Inzwischen bewerben sie den „Trauermarsch“ in ganz Deutschland und dem nahegelegenen Ausland. Es ist davon auszugehen, dass sie Bad Nenndorf zu einem Ersatz für die seit 2005 verbotenen Aufmärsche zugunsten des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess im bayerischen Wunsiedel machen wollen. Ihre Absicht ist die Verharmlosung der NS-Kriegsverbrechen und die Aufrechnung mit Misshandlungen von Gefangenen durch die Siegermächte.

Im Verhörzentrum Wincklerbad waren führende Nazis wie der SS-Obergruppenführer Oswald Pohl inhaftiert, Leiter des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS. Er war u.a. für die Organisation des Holocaust und die wirtschaftliche Ausbeutung der KZ-Häftlinge verantwortlich. Er wurde wegen der Ermordung zehntausender unschuldiger Menschen in Nürnberg zum Tode verurteilt. In Bad Nenndorf landeten aber auch Menschen aufgrund vager Verdächtigungen und vermeintliche sowjetische Spione. Es kam dort zu Misshandlungen und Folterungen, weshalb das Lager 1947 von den Briten geschlossen wurde.

In Bad Nenndorf wächst der Widerstand gegen die Neonazis. 2009 waren mehr als 1.500 Menschen an Gegenaktionen beteiligt. Im Jahr 2010 mobilisieren Vereine, Institutionen und Organisationen gemeinsam für das Ziel: Nazis raus – Bad Nenndorf bleibt bunt!

◗ Wir fordern ein Verbot der Nazi-Aufmärsche am Wincklerbad in Bad Nenndorf.

◗ Wir stehen für eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft.

◗ Wir zeigen Zivilcourage, wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

„Bunt statt Braun – Den Nazis entgegentreten!“, heißt es im Aufruf von ‚Bad Nenndorf ist bunt‘ für den 14. August. Doch nach Ansicht der Bürgerinitiative versucht die Versammlungsbehörde mit den Auflagen für die Veranstaltung alles, um den Bürgerprotest gegen die Nazis zu behindern. Trotz eines ausführlichen Kooperationsgespräches mit Verwaltung und Polizei wurde kein einziger der Kompromissvorschläge der Nazigegner berücksichtigt, informiert Sebastian Wertmüller vom DGB für den Anmelder.

Der Landkreis gestattet am 14.8. lediglich eine Demonstration von der Bornstraße (Auftakt) zum Thermalbad (Kundgebung) und zurück zur Bornstraße(Abschluss). Damit werde das Ziel der Veranstalter, mit einem Zug zum VfL-Gelände einen gemeinsamen Abschluss mit dem Sportverein auf deren Gelände zu finden, untersagt. Udo Husmann vom Bad Nenndorfer Bündnis: „Obwohl wir ein gemeinsames Bündnis sind, sollen wir nur getrennt demonstrieren dürfen.“ Die Begründungen für die Routenänderungen seien schwer nachvollziehbar, Hauptproblem der Verwaltung sei anscheinend, dass Polizeifahrzeuge nicht an jeder Stelle den Demozug begleiten könnten. Das Ergebnis sei, dass der Kurort für den Naziaufzug in Ost und West geteilt werde – für das Bündnis ein unzumutbarer Zustand!


Bad Nenndorf 2009

Mit einer Vielzahl einengender und juristisch umstrittener Auflagen bemüht sich die Versammlungsbehörde die Durchführung der Veranstaltung zu erschweren. So werden kostenträchtige Sonderausstattungen für Lautsprecheranlagen gefordert. Die Polizei will Ordnerinnen und Ordner der vom DGB angemeldeten Veranstaltung einer Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen. Außerdem werden Auflagen zur Bekleidung der Demonstranten erlassen und unrealistische Zeitvorgaben zur Durchführung der Veranstaltung gemacht. So werden nach Ansicht von ‚Bad Nenndorf ist bunt‘ Bürgerinnen und Bürger von zivilgesellschaftlichen Engagement abgeschreckt.

Besonders ärgerlich finden die Veranstalter, dass angebliche ‚Kooperationsgespräche‘ geführt werden, aber anstatt kooperativer Absprachen dann ausschließlich Bedingungen diktiert werden. Der DGB-Chef: „Kooperation stelle ich mir anders vor.“ Das ganze Schriftstück sei von einem Generalverdacht nicht nur gegen den DGB und das Bad Nenndorfer Bündnis durchzogen, sondern gegen den Bürgerprotest gegen Nazis insgesamt. Udo Husmann: „Unterstellungen, dass unsere Proteste auf eine nicht mehr kontrollierbare Eskalation hinauslaufen, weisen wir entschieden zurück. Wir führen seit Jahren Demonstrationen gegen Rechtsextreme durch und tragen – so wie auch 2009 in Bad Nenndorf – maßgeblich zu einem friedlichen Verlauf bei.“ Das Bündnis ‚Bad Nenndorf ist bunt‘ erwartet mehr Sensibilität gegenüber den Bürgerinnen und Bürger, die ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wahrnehmen. Jürgen Übel vom Bündnis weist darauf hin, das die Gefahr nach wie vor von den anreisenden Nazis ausgeht: „Wenn diese sich durch protestierende Bürger provoziert fühlen und es deswegen so strenge Auflagen braucht, warum wird deren Aufzug dann nicht untersagt?“

Wertmüller weiter: „Gern wird in Sonntagsreden von einem ‚Aufstand der Anständigen‘ und von Zivilcourage geredet. Aber wenn die Bürger sich dann aufmachen gegen einen Nazimob zu demonstrieren, werden ihnen unnötig Knüppel in den Weg gelegt.“ Man werde die Auflagen der Verwaltung durch einen Fachjuristen prüfen lassen und gegebenenfalls juristisch dagegen vorgehen.

Das Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt“ stellte in seiner Sitzung am 29. Juli einmütig fest, dass es sich von kleinlichen Auflagen nicht einschüchtern lasse. Man rechne mit deutlich mehr Teilnehmern als in der Vergangenheit, die eigentliche Mobilisierung beginne gerade. Es bleibe bei der gemeinsamen Botschaft, dass man die Nazis nicht in Bad Nenndorf haben wolle. Bis das erreicht sei werde es immer mehr entschiedene Proteste geben.

Quelle: DGB-Region Niedersachsen-Mitte ■



Unter dem Motto „Dresden nach Bad Nenndorf holen!“ ruft das Bündnis „NS-Verherrlichung stoppen!“ zu Massenblockaden gegen den Naziaufmarsch am 14. August d.J. in Bad Nenndorf auf. Die Massenaktionen gegen den europaweit größten Naziaufmarsch am 13. Februar d.J. in Dresden hätten gezeigt, dass es möglich ist, die wichtigen Aufmärsche der Neonazis komplett zu verhindern. „Mit der Unterstützung eines breiten gesellschaftlichen Spektrums werden wir den Aufmarsch am 14. August zu einem Desaster für die Neonazis machen“, so die Sprecherin des Bündnisses Grunert. Infos: www.badnenndorf.tk

Kein Bock auf Nazis!

Antifaschistisches Fest - ZeitzeugInnen-Konzert

Am 11. September findet in Wuppertal-Vohwinkel auf dem Lienhardplatz ein antifaschistisches Fest statt.

11. September 2010 ab 15:00 Uhr
Konzert mit Esther Bejerano und der Microphone Mafia
15:00 Eröffnung durch Veteranen der Roten Armee, Wuppertal (Rat der Kriegsveteranen in der jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal) (angefragt)
15:30 Gespräch mit der Resistance-Kämpferin Henny Dreifuss
17:00 Die neuen Nazis. Informationsveranstaltung mit Jürgen Peters, Antirassistisches Bildungsforum Rheinland
19:00 Simple Tings (Reggae,Wuppertal)
20:00 Esther Bejerano und Microphone Mafia

Außerdem zu sehen: Die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ von VVN/BdA und ver.di

Hintergrund

In den letzten Monaten kam es in Vohwinkel und Wichlinghausen vermehrt zu Nazischmierereien und Pöbeleien. Zudem tauchten massiv Aufkleber mit faschistischen und rassistischen Inhalten auf. Hinter den Aktivitäten stecken Wuppertaler Neonazis, die sich ganz unverblümt »Nationale Sozialisten Wuppertal« nennen und sich im Internet mit Hakenkreuz und Hitlergruß präsentieren. Diesen Bestrebungen wollen wir in einem breiten Bündnis gegen Rechts und „Für das Leben“ entgegentreten.



Foto: http://fightfascism.wordpress.com/2009/10/22/autonome-neonazis-aus-wuppertal/autonome-nazis-wuppertal1/

In Wuppertal existieren neben der NPD, vor allem Nazigruppen, die sich zurzeit von rechten Parteien fernhalten. Diese neuen Nazigruppierungen treten verstärkt als »Nationale Sozialisten«, als »Freie Nationalisten« oder als »Kameradschaft Bergische Front« auf. Mit Parolen wie »Faschismus ist sexy«, »Good night left side«, »Kreativ gegen Antifa« und »Nationaler Sozialismus jetzt« versuchen sie offenbar, neue Mitglieder zu werben. Das Outfit der jungen Rechtsextremisten hat sich von Springerstiefeln, Glatze und Bomberjacke gelöst: Nun kleidet man sich ähnlich wie Angehörige anderer, sogar linker Subkulturen.

Die Verwirrung ist groß, seitdem vor einigen Jahren erstmals »Autonome Nationalisten« (AN), eine Fraktion der extremen Rechten, die Aktionsformen und Kleidungsstile der autonomen Antifa übernimmt, auf Neonazi-Aufmärschen zu beobachten waren. Was hat es nun auf sich mit den AN? Stellen sie eine neue Gefahr dar? Haben wir es mit verkleideten Neonazis oder mit einer neuen Form extrem rechter Jugendkultur zu tun? Ist die Herausbildung der AN gewinnbringend für die extreme Rechte oder führt sie zu weiteren Konflikten? Funktioniert der Stilwandel tatsächlich reibungslos und sind Inhalte und Formen überhaupt in Einklang zu bringen? In dem Vortrag dazu um 17 Uhr werden Entstehungsgeschichte, Ideologie, politische Praxis, Habitus und Selbstverständnis der AN unter die Lupe genommen.

Die Zeitzeugin Henny Dreifuss, die um 15.30 Uhr sprechen wird, wurde 1924 geboren, floh 1933 mit ihrer Familie aus Mannheim nach Frankreich, ihre jüdischen Eltern waren aktive Sozialdemokraten. 1939 muss sie sich von der Familie trennen und findet in Limoges in einem Kinderheim Arbeit. Auch dort holen sie die Schrecken der Nazi-Herrschaft ein: Jüdische Kinder zum Beispiel werden bei Nacht abgeholt.

In der ständigen Angst, selbst verhaftet zu werden, entschließt sich Henny Dreifuss 1942 zum Widerstand: „Ich wollte einfach nicht mehr onmächtig sein.“ Im Heim arbeiten politisch aktive Emigrantinnen aus ganz Europa. Über ihre Kontakte ebnen sie Henny Dreifuss den Weg in die Résistance. Im Dezember 1943 werden ihre Eltern und ihr Bruder verhaftet und in Auschwitz und Maidanek von den Nazis ermordet. Davon wird sie erst nach dem Krieg erfahren, da sie seit 1939 von der Familie getrennt lebt. Henny Dreifuss schließt sich der Resistance an und arbeitet in der „Travail Allemande“ (TA, deutsche Arbeit) an der Zersetzung der deutschen Wehrmacht. Sie erlebt die Befreiung in Lyon. ■

Veranstalter:
Bündnis gegen Rechts mit Unterstützung von: AStA Universität Wuppertal // VVN-BdA KV Wuppertal // Lira Universität Wuppertal // Baso Wuppertal // Ratsfraktion DIE LINKE Wuppertal // Koordinationskreis Antifaschismus // Spurensuche - NS-Geschichte in Wuppertal // Bildungsbündnis Wuppertal// FAU Solingen // DKP Wuppertal // linksjugend [‘solid] // basta wuppertal // Demokratischer Kultur Verein Wuppertal // Antifa Velbert // Tacheles e.V.//Autonomes Zentrum Wuppertal
Gefördert im Rahmen des Bundesprogrammes „Vielfalt tut gut“, Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

Innenminister lässt Gelder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ungenutzt

„Die Bundesregierung produziert in ihrem so genannten Kampf gegen den Extremismus vor allem heiße Luft und lässt dabei Mittel zur Bekämpfung des Neofaschismus ungenutzt“, so die Schlussfolgerung der innenpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, aus der Antwort der Bundesregierung zur Verwendung von Haushaltsmitteln gegen „Extremismus“. Jelpke weiter:

„Seit Sommer 2009 gibt es im Haushalt des Innenministeriums einen Titel über 6 Millionen Euro zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Doch bis heute hat das Ministerium mit diesem Geld keinerlei inhaltliche Arbeit gefördert. Stattdessen hat die schwarz-gelbe Koalition bei diesem Titel das Wort ‚Rechtsextremismus‘ durch ‚Extremismus‘ ersetzt. Jeder weiß, dass es in vielen Regionen Ostdeutschlands – und nicht nur dort – massive Probleme mit gewaltbereiten Neonazis gibt. Die Bundesregierung weigert sich jedoch, die Dinge beim Namen zu nennen und hält stattdessen an ihrer ideologisch geprägten Extremismussicht fest. Dieser Extremismusansatz vernebelt jedoch den Blick für die wirklichen Probleme. Nicht einmal Familienministerin Kristina Schröder, die die Umsetzung dieses Politikansatzes maßgeblich mit vorantreibt, kann Vorschläge unterbreiten, welche Projekte gegen den ‚Linksextremismus‘ und ‚Islamismus‘ denn die angekündigten zwei Millionen Euro erhalten sollen. Drei Viertel dieser Gelder bleiben für die praktische Arbeit gegen den ‚Rechtsextremismus‘ bis heute ungenutzt.

Dabei gäbe es bei der Bekämpfung der extremen Rechten genug Bedarf für praktische Arbeit. Ich schlage dem Innenminister daher vor, die Mobilen Beratungen und Opferberatungen zu kontaktieren. Sie können das Geld für ihre alltägliche Antifa-Arbeit dringend gebrauchen. Sie werden ihm sicherlich schnell nützliche Tipps für eine sinnvolle Verwendung des Geldes geben können.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Frankreich:

Kampagne zum „Zusammenhang zwischen Einwanderung, Kriminalität und Staatsbürgerschaft"

Wettstreit um ideologische Hegemonie zwischen Konservativen und Rechtsextremen – Regierungslager reagiert auf den drohenden Machtverlust infolge der jüngsten Korruptionsaffären – Statt der parlamentarischen Opposition soll lieber der Front National ansteigen, mit welchem man sich danach um Einfluss und Wählerschaft streitet

Je größer die Schnauze, desto größer fällt der politische Effekt aus. Dies muss sich einmal mehr Nicolas Sarkozy gedacht haben, als er am vorletzten Freitag (den 30. Juli) den Mund sehr voll nahm, bevor er in Grenoble zu einer wahrhaften Brandrede anhob. Ihr Thema waren die „Innere Sicherheit", die Einwanderung und der angebliche Zusammenhang zwischen beiden.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters am 6. August kurz vor 13 Uhr berichtete, wurde die Rede schon seit der Niederlage der Konservativen bei den Regionalparlamentswahlen im März 2010 vorbereitet. Sie war also keine Reaktion auf Straftaten oder Krawalle der letzten Wochen. Kurz darauf bestätigte die am Freitag Nachmittag erschienene Ausgabe der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' vom 7. August, dass seit dem Frühjahrsbeginn alle drei Wochen hochrangige Treffen stattfanden, um eine neue politische Offensive Sarkozys zu den genannten Themen vorzubereiten.[1]

Auch wenn lokale Riots und Zusammenstöße mit Polizisten, am 16., 17. und 18. Juli in einem „sozialen Brennpunkt" von Grenoble (La Villeneuve, einer Trabantenstadt südöstlich von Grenoble mit 11.000 Einwohnern) sowie in der zentralfranzösischen Kleinstadt Saint-Aignan am 18. Juli den treffenden Anlass oder Vorwand lieferten: Den wahren Grund, die Ursache für die jüngste ideologische „Sicherheits"offensive der Rechtsregierung bildeten sie auf keinen Fall. – Zu den näheren Hintergründen der Ereignisse von Grenoble-La Villeneuve und von Saint-Aignan vgl. hier: http://labournet.de/internationales/fr/bullenrepublik1.html

Ferner muss die Brandrede von Grenoble auch im Zusammenhang mit den massiven Rechtfertigungs-Notwendigkeiten des konservativen Bürgerblocks, die sich aus den Korruptions- und Steuerhinterziehungs-Affären – die in den letzten Wochen publik wurden wie der Bettencourt- und der Wildenstein-Skandal – betrachtet werden. Das Regierungslager war dadurch zeitweilig stark in die Defensive gedrängt worden. Der hammerharte Auftritt von Grenoble sollte wie ein Befreiungsschlag aus dieser Situation wirken.

Seitdem reißen die Reaktionen nicht ab: Von einem „Abdriften ins Antidemokratische", so die sozialistische Parteichefin Martine Aubry, ist die Rede. Die trotzkistische Partei LO („Arbeiterkampf") sieht Sarkozy „unter denselben Mülleimern schnüffeln" wie den neofaschistischen Front National. Die Rechtsextremen ihrerseits sind schwer begeistert und sehen sich inhaltlich voll bestätigt. Allerdings fügen sie, eine klassische Reaktion ihrerseits auf konservative Ankündigungen, hinzu: Der Worte sind genug gewechselt, nun wollen wir endlich Taten sehen. Unterdessen haben aber auch Marine Le Pen und Bruno Gollnisch – die beiden inzwischen offiziell „qualifizierten" Bewerber um den Parteivorsitz,



die auf dem nächsten Parteikongress am 15./16. Januar 2011 für die Nachfolge Jean-Marie Le Pens kandidieren werden – lautstark ihre geistige „Vaterschaft", ihre Urheberschaft für die jetzt durch Sarkozy propagierten Ideen beansprucht.[2]

Das Projekt Staatsbürgerschaftsentzug

Zum genaueren Inhalt der Grenobler Rede3: Der Kernsatz von Sarkozys Ansprache lautete, „50 Jahre schlecht geregelter Einwanderung" seien schuld an der Kriminalität. Sein Sprecher Frédéric Lefebvre brachte es am 5. August dann auf die einfache Formulierung, (Originalton) „die Ausländerfrage" – ‚la question des étrangers' – sei „eines der größten Probleme im Land". Diese Botschaft inhaltlich unters Publikum zu bringen, war das hauptsächliche Anliegen der Präsidentenrede.

Aus den genannten Gründen sollten Sarkozy zufolge einerseits die Rechtsansprüche, die auch „illegale" Einwanderer angeblich haben – ihre einzigen sind in Wirklichkeit die auf rechtliches Gehör und auf eine ärztliche Minimalversorgung – auf den Prüfstand. Andererseits müsse dringend eine Diskussion über die Staatsbürgerschaft geführt werden. Und dieselbe müsse kriminellen Franzosen „ausländischer Herkunft", so Sarkozys juristisch extrem vage Formulierung, wieder entzogen werden können. Als konkreten Anwendungsfall nannte er in seiner Grenobler Rede Polizistenmörder. Das beträfe konkret freilich nur ein oder zwei Personen im Jahr, lohnt also des Aufwands nicht, dafür ein eigenes Gesetz zu entwerfen. Sein Innenminister Brice Hortefeux sattelte jedoch am Wochenende danach (31. Juli/1. August) noch drauf: Er nannte auch „Mädchenbeschneidung, Menschenhandel" – dazu zählt juristisch auch die Hilfe zu illegaler Einwanderung (!) – und, allgemein bleibend, „Akte schwerer Kriminalität". Letzterer Begriff ist dabei schon ziemlich ausleg- und dadurch dehnbar. Ferner bezog Hortefeux sich auf den Fall von Liès Hebbadj im westfranzösischen Nantes, dem seit April dieses Jahres „informelle Polygamie" (ohne Trauscheine) und „betrügerische Erschleichung von Sozialleistungen" respektive Kindergeld vorgeworfen werden. Damit wäre schon eine relativ breite Palette von Situationen beisammen.

Damit der Front National nicht weiterhin Taten einklagen kann, während die Regierungsrechte (in seinen Augen) immer nur rede, sollen schon bis Ende September 2010 gesetzliche Bestimmungen dazu verabschiedet werden. Am 8. August gab die Sonntagszeitung ‚JDD' an, dass Hortefeux derzeit, während er theoretisch im Urlaub ist, bereits an den Entwürfen dazu arbeite. Die Erweiterung der Anwendungsfälle von Staatsbürgerschaftsentzug auf „Polygamie" und „Mädchenbeschneidung" – um symbolisch klarzustellen, dass besonders Franzosen arabischer sowie afrikanischer Herkunft im Visier stehen – ist demnach beschlossene Sache.

Selbst dem amtierenden Minister „für Einwanderung, Integration und nationale Identität" (so lautet sein offizieller Titel)

Eric Besson war dies, jedenfalls an einem Punkt, ein bisschen zu viel. In einem Interview mit der Ausgabe des ‚Figaro' vom Samstag/Sonntag, 7./8. August gab er zu Protokoll, er mache sein „Recht, Nuancen anzumelden" geltend. Denn der Entzug der Staatsbürgerschaft im Falle polygam lebender Franzosen (ausländischer Herkunft) sei „rechtlich komplex" und schwierig: Das Verzwickte an der nunmehr im Visier stehenden „informellen Polygamie" ist ja, dass sie erstens wohl oft relativ schwer nachzuweisen sein dürfte und (zum Zweiten) schwer von der Situation fremdgehender Ehemänner mit ihren Freundinnen oder Geliebten juristisch abgrenzbar ist.

Parallel dazu schlug Sarkoys Sicherheitsfachmann Eric Ciotti am Wochenende des 31. Juli auch noch vor, die Eltern straffälliger Kinder für bis zu zwei Jahre in Haft zu stecken. Sippenhaft vom Feinsten. Bislang gab es nur zivilrechtliche Haftung, also Zahlungspflicht, für die vom eigenen Nachwuchs eventuell angerichteten Schäden – aber keine Drohung mit Knast. Dies wiederum veranlasste den früheren sozialdemokratischen Premierminister (von Juni 1988 bis Mai 1991), Michel Rocard, in einem Interview mit dem linkspatriotischen Wochenmagazin ‚Marianne' (vom 7. August) heftige Erklärungen abzugeben. Rocard fasste ordentlich zu: „(Durch diesen Vorschlag) gehen wir von der individuellen strafrechtlichen Verantwortung zur kollektiven strafrechtlichen Verantwortung über. Das hat man seit dem Vichy-Regime nicht gesehen, das hat man seit den Nazis nicht gesehen. (...) Das ist eine Politik des Bürgerkriegs." Rocard ging davon aus, dass Nicolas Sarkozy „dem Front National hinterherläuft", und kommentierte dies mit den Worten: „Er (Sarkozy) wird es teuer bezahlen, und das wird er verdient haben."

Populäre Vorschläge?

Diese Pläne sind jedoch angeblich populär: Dem ‚Figaro' vom Freitag, 6. August zufolge bestehen angeblich, je nach Einzelmabnahme, zwischen 55 % – für die Strafandrohung gegen Eltern straffälliger Kids – und 80 % (im Falle der Wegnahme der Staatsbürgerschaft „bei Polygamie oder Frauenbeschneidung") Zustimmung zu den jüngsten Vorschlägen.

Auch der Marschall Philippe Pétain war zeitweilig populär, bevor es vielen Leuten konkret an den Kragen ging. Und viele sagen sich, dass sie ja von den Vorschlägen nicht betroffen seien, die ja nur die Bösen treffen. Allerdings bestehen noch erhebliche Bedenken über die Repräsentativität und die Transparenz der Umfrage: Anders als bei manch anderen Befragungen werden die Personen „ohne Meinung" oder „Angaben" nicht ausgewiesen, sondern nur die Ja- und die Nein-Stimmen. Auch deshalb fiel die Zustimmung so überdeutlich aus. Und wie sicher bei der online durchgeführten Umfrage die Identifizierung der Befragten war und ob Mehrfachantworten durch Teilnehmer ausgeschlossen waren, bleiben offene Fragen, die etwa in mehreren Internetzeitungen formuliert wurden[4]. Auch in der linksliberalen Tageszeitung ‚Libération' wurden vergleichbare Zweifel angemeldet. Deshalb glauben manche Stimmen, ob es wirklich eine ernsthafte Zustimmung in (breiten Teilen) der Gesellschaft zu den neuesten Vorstößen der Regierungsrechten gebe, bleibe fraglich.

Noch besteht kein zweifelsfreier Aufschluss über das Meinungsklima im Lande. Auch ist noch nicht gesichert, ob die Sicherheitskampagne einen Teil der öffentlichen Meinung von den Korruptionsaffären der regierenden Bürgerlichen – in Verbindung mit Superreichen – ablenken kann und wird, oder ob der durch Letztere genährte Zweifel sich dennoch durchsetzt. Oder aber, dritte und schlechteste Alternative, ob die durch Erstere genährten Ressentiments und die Wut über Letztgenannte sich zu einem rechten „Volkszorn" in Teilen der Gesellschaft vermengen. Das Regierungslager tut jedenfalls alles dafür, dass, wenn es denn an Zustimmung verlieren sollte, eine Opposition sich allenfalls rechts von ihm formieren soll: Nach seinem Kalkül können die Rechtsextremen allein keinen Regierungswechsel herbeiführen, es sei denn im Bündnis mit Konservativen, im Gegensatz zur Sozialdemokratie und der Linksopposition. Wenn das nur nicht zu einem bösen Erwachen führt...

Proteste

Unzählige Reaktionen auf dieses DELIRIUM REPRESSIVIS der reaktionären Regierungsrechten sind inzwischen eingetroffen. Die sozialistische Parteichefin Martine Aubry sprach von einem „Abgleiten in demokratiefeindliche Richtung" (‚dérive anti-républicaine'). Eine Äußerung, die das Regierungslager inzwischen seinerseits als „unglaublich" gegeißelt und scharf angegriffen hat. Jedoch erklärte ihre Sozialistische Partei gleichzeitig, sie suche „nicht die Polemik", und wollte schärfere Auseinandersetzungen mit dem Regierungslager vermeiden – denn dieses warte nur darauf, dass die Sozis in „diese Falle gingen", um sie öffentlich als sicherheitspolitische Schlappschwänze vorführen zu können.[5]

Sogar ein früherer Innenminister – Daniel Vaillant, der bisher letzte amtierende sozialdemokratische Innenminister, unter der Regierung Jospin in den Jahren 2000-2002 – forderte seine Parteichefin Aubry dazu auf, ein bisschen mehr Elan bei der Bekämpfung der ultra-represssiven Tendenzen Sarkozys täte nichts schaden.[6] Das ist insofern umso bemerkenswerter, als Daniel Vaillant nach dem Regierungswechsel von 2002 zu jenen Sozipolitikern zählte, die damals bei Bürgerrechtsprotesten gegen die neue Rechtsregierung eher bremsten: Im Oktober 2002 erklärte er anlässlich von Protesten gegen repressive Gesetzentwürfe des damaligen Innenministers Sarkozy, er könne bei ihm vor allem „Kontinuitäten" zu seiner eigenen Amtszeit (bis im Mai 2002) erkennen; vgl. http://jungle-world.com/artikel/2002/44/22991.html Heute dagegen zählt Vaillant (der auch als Bürgermeister im 18. Pariser Bezirk amtiert) eher zu jenen, die den müden und schlappen Jagdhund namens Sozialistische Partei „zum Jagen tragen" möchten bzw. müssen, wie ein süddeutscher Ausdruck besagt.

Die bürgerliche Samstags- und Sonntagszeitung ‚JDD' titelte am 31. Juli auf ihrer Seite Eins: „Sicherheit: Sarkozy und die Strategie der Spannung". (Ursprünglich bezeichnete man im Italien der siebziger Jahre, in den „Bleiernen Jahren des schleichenden Bürgerkriegs", mit diesem Begriff eine staatliche Strategie, die terroristische Aktionsmittel in ihr Kalkül einbezieht. Sei es, dass sie selbst verdeckt Attentate mit organisierte oder begünstigte, sei es, indem sie Attentatsplanungen von anderer Seite „gewähren ließ", um über gute Gründe zum Zuschlagen zu verfügen. Im aktuellen Zusammenhang dreht es sich hingegen vielmehr um die politische Instrumentalisierung von „Kriminalität" und sozialer Gewalt.)

Der Co-Vorsitzende der Antirassismusvereinigung MRAP, Mouloud Aounit, spricht von einer „Kriegserklärung gegen die Republik: Wir sind dabei, zu einem anderen Typ von Regime überzugehen" (lt. ‚JDD' vom Sonntag, 1. August 10). Robert Badinter, der frühere sozialistische Justizminister ab 1981, der durch die Abschaffung der Todesstrafe im Okt. 1981 bekannt wurde – ja in die Geschichte einging –, erinnerte Sarkozy schlicht an den Wortlaut des Artikels 1: „Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich, ohne Unterschied gemäß Herkunft, Rasse oder Religion."[7]

Der radikal linke NPA (‚Neue Antikapitalistische Partei') erklärte: „Niemals seit dem Vichy-Regime ist eine Regierung in der Inszenierung einer rassistisch inspirierten Politik so weit gegangen."[8] Und die trotzkistische Partei Lutte Ouvrière (LO, „Arbeiterkampf") ihrerseits erklärte u.a.: „Es stört die (Regierungspartei) UMP nicht, dass sie unter denselben Mülleimern stöbert wie der Front National."[9] Der Gewerkschafts-Dachverband CGT seinerseits qualifizierte die Ankündigungen des Präsidenten in einer Erklärung als „Hass-Rede Sarkozys" und „gefährliche Eskalation"[10].

Selbst innerhalb des konservativen Lagers und im Mitte-Rechts-Spektrum gab es z.T. deutliche Kritik an Sarkozys neuestem Vorstoß. So erklärte der Chef der christdemokratisch-liberalen Oppositionspartei MoDem, François Bayrou, es

Pro Köln: Steuergeldverschwendung im Sommerloch

Zu den bewährten Strategien von pro Köln gehört es, Skandale zu provozieren, um auf diese Weise in die Medien zu kommen. Der Inhalt spielt keine so große Rolle, wichtig ist, dass drüber gesprochen wird. Kaum ein Mittel, das als ungeeignet angesehen würde, um Medienpräsenz zu erreichen – selbst wenn die Rechtsaußengruppe, die normalerweise nicht müde wird, angebliche Verschwendung von Steuergeldern anzuprangern, damit tausende Euro aus dem Stadthaushalt verschwendet.

Das stellten Markus Beisicht und seine politischen Freunde am 26. Juli wieder einmal schlagend unter Beweis. Ihre Fraktion hatte in den Ratsferien, in denen eine große Zahl von Ratsmitgliedern nicht in der Stadt ist, sondern Urlaub macht, eine Sondersitzung des Stadtparlaments beantragt. Grund der Eile war die Entscheidung des Liegenschaftsausschusses, der pro-Köln-Fraktionsvorsitzenden Judith Wolter und ihrem Ehemann und Fraktionskollegen Markus Wiener ein Baugrundstück in Worringen nicht zu verkaufen. Das diese, möglicherweise politisch nicht übermäßig weise, Entscheidung flammende Empörung bei pK hervorrufen würde, war klar. Dass die Revanche, die Forderung nach einer Sondersitzung des Rates, der der Oberbürgermeister nachkommen muss, völlig unnötig das Geld der Kölner(innen) kostete, sollte nicht nur festgehalten, sondern auch bekannt gemacht werden. Mit einem Bruchteil der Kosten für die Sitzung des Rates, die nur rund 90 Sekunden dauerte, bis amtlich festgestellt war, dass der Rat mangels Masse nicht beschlussfähig war, hätte Wiener einen Deutsch-Auffrischungskurs finanzieren können. Sätze wie den folgenden könnte er danach vermeiden: „Die Faulheit der Altparteien kommt den Kölner Bürgern wieder einmal teuer zu stehen“ (aus einer Stellungnahme Wieners auf der Pro-Köln-Homepage.

Um Geld geht es auch im zweiten Sommerthema der „Bürgerbewegung“. Sie hatte bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr den anderen Parteien eine Plakatschlacht geliefert, die ihresgleichen suchte. Allerdings waren die Rassist(inn)en nach der Wahl nicht dazu in der Lage, diese Plakate auch wieder rechtzeitig im dafür angesetzten Zeitraum zu entfernen. Gerüchte besagen, dass die Söldner vom Vlaams Belang Köln bereits verlassen hatten, als es ans Abhängen ging, und die Arbeit den Kölner Kumpanen überließen. Wie auch immer, die Sache blieb an der Stadt hängen.

Damit das nicht auch mit den Kosten passierte, präsentierte die Stadtverwaltung zügig die Rechnung: 33.500 Euro waren zusammen gekommen, die pro Köln zahlen sollte. Die klagten vor dem Verwaltungsgericht Köln, bekamen dort recht (zumindest wurde ein Zahlungsaufschub verkündet) und lobten die deutsche Justiz und den Rechtsstaat. Nicht lange allerdings, denn in der Revision vor dem Düsseldorfer Oberverwaltungsgericht wurde der Aufschub kassiert – Beisicht & Co. müssen umgehend zahlen. Statt vom Rechtsstaat ist jetzt von einem „skandalösen Urteil“ und einem „relativ dünnen Beschluss“ die Rede. Die 33.500 Euro fehlen jedenfalls und sollen durch einen Spendenaufruf beschafft werden.

Besagte Summe fehlt allerdings angeblich nicht, um die angekündigte Veedelstour von pK, die nach den Sommerferien beginnen und bis Ende September dauern soll, zu finanzieren. Nach Angaben auf der pro-Köln-Internetseite seien bereits 50.000 Flugblätter für die Aktion gedruckt und bezahlt. Antifaschist(inn)en sollten aufmerksam sein und die geplante Tour durch die Stadtteile kritisch begleiten. Ein Thema könnte ja die Verschwendung von Steuergeldern zum alleinigen Zweck der eigenen Profilierung sein.

tri ■

---

gebe „Themen, die für Frankreich gefährlich“ seien wie die Behauptung eines Zusammenhangs „zwischen Einwanderung und Unsicherheit, zwischen Einwanderung und Kriminalität“. Und die rechtskatholische, christlich-soziale frühere Wohnungsbauministerin Christine Boutin warnte davor, es könne zu einer „explosiven“ Polarisierung „zwischen zwei Frankreichs“ kommen. Und sie fügte hinzu: „Mit Stigmatisierung und Angstmache (auf Kriminalität) zu antworten, ist nicht die Lösung.“[11] Allerdings unterstützt der überwiegende Teil der konservativen Rechten Sarkozy und die Staatsspitze.

Die traditionsreiche Liga für Menschenrechte (LDH, gegründet 1898 im Kontext der Dreyfus-Affäre) ihrerseits ergriff eine Initiative und berief für den Montag, 3. August ein Treffen verschiedener Initiativen und NGOs an ihrem Sitz im 18. Pariser Bezirk ein. Heraus kam dabei u.a., dass das Spektrum der „zivilgesellschaftlichen“ Opposition am 4. September dieses Jahres eine gemeinsame Demonstration gegen die Repressionspläne der Regierung abhalten wird. 48 Organisationen unterstützen inzwischen den Aufruf, dessen Text sich u.a. hier findet: http://www.visa-isa.org/node/462

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 Vgl. http://abonnes.lemonde.fr/politique/article/2010/08/06/comment-nicolas-sarkozy-a-prepare-l-offensive-securitaire_1396231_ 823448.html

2 Vgl. http://www.lejdd.fr/Politique/Actualite/Le-verbe-dur-mais-la-main-molle-212389/

3 Hier findet sich ihr Originalwortlaut: http://www.elysee.fr/president/les-actualites/discours/2010/prise-de-fonction-du-nouveau-prefet.9399.html

4 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/08/06/2176211_ah-les-sondages.html#xtor=EPR-275-%5BNL_732%5D-20100807-%5Bmedias-web%5D oder vhttp://www.lepost.fr/article/2010/08/06/2175794_securite-plebiscite-des-annonces-de-la-majorite-ca-reste-a-prouver.html#xtor=EPR-275-%5BNL_732%5D-20100807-%5Bpolitique%5D sowie http://www.rue89.com/yeti-voyageur/2010/08/06/le-sondage-du-figaro-enterre-le-principe-de-democratie-161215

5 Vgl. http://www.lejdd.fr/Politique/Actualite/Securite-Le-PS-ne-jouera-pas-le-jeu-de-la-droite-211430/ und http://www.lemonde.fr/politique/article/2010/08/02/comment-repondre-a-sarkozy-le-dilemme-du-ps_1394987_823448.html

6 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/decheance-de-nationalite-vaillant-estime-qu-aubry-devrait-monter-un-creneau-03-08-2010-1221452_20.php

7 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/securite-tous-les-francais-sont-egaux-devant-la-loi-rappelle-badinter_30553.html

8 Vgl. auch http://www.lejdd.fr/Politique/Depeches/Violences-Le-NPA-virulent-contre-Sarkozy-21

9 Vgl. http://www.lepost.fr/article/2010/08/03/2173317_lutte-ouvriere-ca-ne-derange-pas-l-ump-de-soulever-les-memes-poubelles-que-le-fn.html

10 Vgl. http://www.cgt.fr/spip.php?article37629

11 Vgl. http://www.lepoint.fr/politique/l-offensive-securitaire-de-sarkozy-ourrit-les-critiques-02-08-2010-1221372_20.php und http://abonnes.lemonde.fr/depeches/2010/08/02/l-offensive-securitaire-de-nicolas-sarkozy-nourrit-les-critiques_3208_38_43096857.html#top

„pro NRW" will „stadtbekannter Großfamilie" in Leverkusen den Rang ablaufen

Nachdem es vor knapp einem Jahr schon einmal eine pro-NRW-Demonstration mit bescheidenen 70 Teilnehmern in Leverkusen-Rheindorf gab, zieht es die extrem rechte Gruppierung nun nach Wiesdorf: Am Samstag, dem 25. September, will die selbsternannte „Bürgerbewegung" gegen eine „stadtbekannte Leverkusener Großfamilie" protestieren. Nachtigall, ick hör dir trapsen…

Das Motto der Demonstration: „Für Recht und Ordnung in Wiesdorf – Null Toleranz gegenüber Rechtsbrüchen einer stadtbekannten Großfamilie". Motto und Motivation dürfen bei „pro NRW" jedoch nicht zwangsläufig gleich interpretiert werden. Blickt man beispielsweise ins Jahr 1993 zurück, erspäht man den Namen „Markus Beisicht" in damaligen Schlagzeilen überregionaler Tageszeitungen, der im Namen seiner damaligen Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat" ein Kopfgeld in Höhe von 1000 Mark auf eine von Abschiebung bedrohte Roma-Frau aussetzte. Heute fungiert Beisicht als Vorsitzender von „pro NRW" und agitiert erneut gegen Sinti und Roma – diesmal in Gestalt jener „stadtbekannten Großfamilie". Mittlerweile unterlässt es die „Bürgerbewegung" jedoch, offen über ihre Ziele und Anschauungen zu sprechen. Im Zuge der pro-NRW-Öffentlichkeitsarbeit wird die Familie deshalb nur als „mobile ethnische Minderheit" bezeichnet.

Vorbei sind also die Zeiten, als Beisicht und Konsorten ohne vorgehaltene Hand mit Hetzparolen im Neonazi-Jargon gegen Sinti und Roma hetzten. Nicht ohne Grund behauptet der pro-NRW-Vorsitzende von der Demo am 25. September, diese sei „keineswegs ausländerfeindlich ausgerichtet" – insbesondere das Jahr 1993 hängt ihm im Gedächtnis von Medien und Politik immer noch nach. Womöglich erinnert sich Beisicht aber auch nur an die pro-NRW-Kundgebung vor knapp zwei Wochen in Dortmund, als er selbst aus voller Kehle gegen Muslime und Türken hetzte und die „etablierten Parteien" für unfähig erklärte, weil sich diese angeblich nicht ausreichend um die „einheimische Bevölkerung" kümmern würden.

Die „nonkonforme Bürgerbewegung, die sich für die Interessen der einheimischen Bevölkerung einsetzt" ist eben nur dann ausländerfreundlich, wenn diese Ausländer auch eine Berechtigung dafür haben, sich so nennen zu dürfen – außerhalb von Deutschland.

Stattfinden soll die Demonstration am 25. September ab 11 Uhr mit einer Auftaktkundgebung auf dem Wiesdorfer Platz. Anschließend soll es einen Umzug durch die Wiesdorfer Altstadt geben, von dem Markus Beisicht behauptet, dieser werde „spektakulär". Dass Beisicht dies bei nahezu jeder 30-Teilnehmer-Veranstaltung der „Bürgerbewegung" ankündigt, versteht sich von selbst. Eine Abschlusskundgebung soll es dann am Barmer Platz geben. Mindestens 200 Teilnehmer erwartet der pro-NRW-Vorsitzende für die Demo; in der Realität dürften es wohl maximal die Hälfte sein. Gegenaktivitäten sind bereits angekündigt.

http://aow.blogsport.de ■

Internationaler Gedenktag der Sinti und Roma

Seit 1985 organisiert der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma Erinnerungsfahrten mit Überlebenden des nationalsozialistischen Völkermordes zum Internationalen Roma-Gedenktag am 2. August nach Auschwitz, dem Tag, an dem bei der „Liquidierung" des von den Nazis so genannten „Zigeunerlagers" rund 2900 Sinti und Roma, Kinder, ihre Mütter, alte und kranke Menschen, den Tod in den Gaskammern fanden.

Auch in diesem Jahr ermöglichen das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zusammen mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz (BfDT) Enkeln und Urenkeln von Opfern des Nationalsozialismus an den Gedenkfeierlichkeiten zum Jahrestag in Auschwitz teilzunehmen. Seit 1994, in diesem Jahr zum 16. Mal, reisen Delegationen von Überlebenden des Nazi-Terrors sowie deren Familienangehörige zu dem Ort, der zu einem Symbol für die massenhafte und industrielle Vernichtung von Menschen wurde. 2008 war es mit Unterstützung des BfDT erstmals möglich, dass auch Sinti und Roma der dritten und vierten Generation die Zeitzeugen auf den Spuren der Geschichte ihrer Familien und ihres Volkes begleiteten.

Eingebettet in die vom polnischen Roma-Verband (RSVP) organisierten Feierlichkeiten am 2. August wurde der Gruppe von Enkel und Urenkeln ein dreitägiges Programm angeboten, das ihnen die Möglichkeit bot, an die Ermordung der Sinti und Roma unter dem NS-Regime zu gedenken und der Geschichte ihres Volkes und ihrer Familien in Erinnerung zu rufen.

Im Rahmen des Gedenktages gab es in diesem Jahr mit der Gedenksteinenthüllung sowie der Ergänzung der Informationstafel am Krematorium V gleich zwei Besonderheiten. Bereits einen Tag vor den offiziellen Feierlichkeiten trafen sich alle Delegationen zur Enthüllung des Gedenksteins zur Erinnerung an die dort ermordeten Sinti und Roma am ehemaligen Krematorium V in Auschwitz Birkenau. Bei der öffentlichen Übergabe sprachen Piotr Cywiñski, Direktor der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, Roman Kwiatkowski, Präsident des polnischen Roma-Verbandes, Piotr Kadlcik, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Polen sowie Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma. Im Anschluss an die Gedenksteinenthüllung zu Ehren der Ermordeten fand eine feierliche Kranzniederlegung an der „Schwarzen Wand" des sogenannten „Stammlagers" sowie ein Besuch der Dauerausstellung „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa" im Häftlingsblock 13 statt.

Auch wurden an zentralen Stellen des ehemaligen Lagers Texte von Informationstafeln durch die Gedenkstättenleitung abgeändert und ergänzt. So wird nun an der Informationstafel am Krematorium V explizit auf die Ermordung der Sinti und Roma hingewiesen.

Am Tag der Gedenkfeier zum Internationalen Roma-Gedenktag im Lagerabschnitt B II e in Auschwitz-Birkenau fand neben der Teilnahme an den Feierlichkeiten auch ein Besuch der Internationalen Jugendbegegnungsstätte statt mit Veranstaltungen mit Zeitzeugen sowie ein Treffen mit dem Vorsitzenden des RSVP, Roman Kwiatkowski, geplant.

Gerade der Dialog zwischen den Generationen, aber auch zwischen Teilnehmern verschiedenster Nationen, schafft eine zukunftsorientierte, lebendige und produktive Erinnerungskultur. Dies ist die zentrale Motivation der Erinnerungsfahrten. Denn nur durch die Sensibilisierung der nächsten Generationen für Geschichte und politische Kultur kann die Situation für Minderheiten in ganz Europa nachhaltig verbessert, die neuerstarkende rassistische Ideologie und Gewalt bekämpft und die demokratischen Rechte jedes Menschen gesichert werden.

Quelle: Pressemitteilung Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma Heidelberg ■

UNICEF-Studie zur Lage der Roma-Kinder aus dem Kosovo

Rund 5.000 Kinder aus Familien der Roma und weiterer ethnischer Minderheiten sollen in den kommenden Jahren aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben oder rückgeführt werden, obwohl sie dort kaum eine Perspektive auf Schulbildung, medizinische Versorgung und gesellschaftliche Integration haben. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue UNICEF-Studie zur Lage von Roma-Kindern in Deutschland und im Kosovo. Demnach gehen drei von vier Kindern, die bislang schon aus Deutschland zurückkehrten und hier zur Schule gingen, im Kosovo nicht mehr zur Schule. Die größtenteils in Deutschland aufgewachsenen Kinder sprechen kaum Albanisch oder Serbisch und landen nach der Abschiebung im sozialen Abseits.



Obwohl fast die Hälfte der rund 12.000 von Abschiebung bedrohten Roma Kinder und Jugendliche sind, spielt das Wohl der Kinder in dem Abkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo keine Rolle. Im Auftrag von UNICEF befragte ein internationales Forscherteam in den ersten Monaten des Jahres 2010 im Kosovo und in Deutschland Roma, Experten und politisch Verantwortliche und erarbeitete daraus Empfehlungen für Politiker und Behörden in Deutschland und im Kosovo. „Viele Kinder und Jugendliche aus dem Kosovo sind in Deutschland gut integriert. Sie sollten ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten. Stattdessen werden sie zurückgeschickt, ohne dass ihr Wohl und ihre Rechte überhaupt in den Blick genommen werden. Das verletzt die völkerrechtlichen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention. Jedes Kind hat das Recht auf Schutz. Deshalb müssen die Abschiebungen gestoppt werden“, sagte Tom Koenigs, UNICEF-Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, bei der Vorstellung der Studie am Donnerstag in Berlin.

„Die Roma im Kosovo sind die ärmste Volksgruppe im ärmsten Land Südosteuropas. Zwei Drittel der Roma-Kinder leben dort in Armut, jedes dritte Kind hat nicht einmal ausreichend zu essen. Armut bedeutet soziales Abseits. Kinder, die in Deutschland aufgewachsen sind, können sich meist nicht verständigen und verlieren fast alle sozialen Kontakte. Ihr Zuhause ist für sie in Deutschland. Die Abschiebung raubt ihnen fast jede Chance auf eine bessere Zukunft. Viele Familien versuchen deshalb verzweifelt und um jeden Preis, nach Deutschland zurückzukehren“, sagte Johannes Wedenig, Leiter UNICEF Kosovo.

Im Durchschnitt lebten die im Rahmen der Studie befragten Familien 14 Jahre lang in Deutschland. Viele Kinder sprechen deshalb Deutsch als Muttersprache und können sich im Kosovo nicht verständigen. Die meisten Roma sind in den frühen 1990er Jahren aus dem Kosovo geflohen, als Jugoslawien in Bürgerkriegen zerfiel. Weitere Roma-Flüchtlinge kamen in Folge des Kosovo-Krieges von 1998/1999. Der größte Teil der ausreisepflichtigen Roma lebt heute in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Die Ergebnisse der UNICEF-Studie

Von den 11.770 aus dem Kosovo stammenden Roma in Deutschland, die der Ausreisepflicht unterliegen, sind schätzungsweise 42 bis 50 Prozent Kinder unter 18 Jahren. Fast zwei Drittel dieser Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Trotzdem findet das Kindeswohl in dem Rückübernahmeabkommen keine Erwähnung.

Drei von vier Kindern, die aus Deutschland abgeschoben wurden oder freiwillig zurückgekehrt sind und hier zur Schule gingen, gehen im Kosovo nicht mehr zur Schule. Die Gründe dafür sind materielle Armut, Sprachbarrieren und fehlende Schulzeugnisse aus Deutschland.

Viele Familien im Kosovo berichten, dass sie für ihre in Deutschland geborenen Kinder keine Geburtsurkunden besitzen. So bleiben viele Kinder im Kosovo unregistriert – mit gravierenden negativen Folgen für ihre Bildungs- und Integrationschancen. Von den im Kosovo befragten 173 Roma besaßen 65 keine Ausweispapiere, darunter 48 Kinder.

In jeder zweiten der befragten Familien im Kosovo waren ein bis drei Familienmitglieder chronisch krank. Auch in vielen der in Deutschland interviewten Roma-Familien verursachen Kriegstraumata und eine unzureichende medizinische Versorgung schwere psychische und körperliche Leiden. Häufig müssen die Kinder dann den Haushalt führen, sich um jüngere Geschwister kümmern oder ihre Eltern pflegen.

Alle im Kosovo befragten Kinder gaben an, dass sie in jedem Fall nach Deutschland zurückkehren möchten. Nach Beobachtungen in der Gemeinde Peja verließen dort zwischen 2006 und 2010 86 rückgeführte Roma-Familien den Kosovo. Die meisten gingen nach Montenegro und Serbien, etwa 20 Prozent machten sich auf den Weg nach Deutschland.

Die Empfehlungen des Forscherteams

Bei Entscheidungen über Aufenthaltserlaubnisse für langjährig Geduldete muss das Kindeswohl der ausschlaggebende Faktor sein. Das Aufenthaltsrecht muss dazu im Sinne der Kinder flexibler gehandhabt werden können als bislang.

Kinder und Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen und integriert sind, sollten ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten.

Länder und Kommunen sollten Fördermaßnahmen wie Mentorenprojekte für Kinder aus Roma-Familien in Deutschland ausbauen.

Asyl- und ausländerrechtliche sowie sozialrechtliche Bestimmungen müssen geändert werden, damit Flüchtlingskinder nicht länger diskriminiert werden.

Die durch Kriegserlebnisse und den seelischen Druck des Flüchtlingsdaseins erkrankten Kinder und Eltern brauchen in Deutschland wie im Kosovo Beratung und Therapie.

Im Kosovo müssen Unterstützungsprogramme für bereits Zurückgekehrte verstärkt auf die Bedürfnisse von Kindern ausgerichtet werden, damit zurückgeführte Kinder nicht auf Dauer in Armut und Randständigkeit bleiben.

Auf zwischenstaatlicher Ebene muss geregelt werden, dass alle Kinder automatisch amtlich registriert und auf Grundlage ihrer deutschen Zeugnisse eingeschult werden.

Quelle: romale@zahav.net.il
8. Juli 2010 ■

LSG NRW: Leistungen für Asylbewerber sind verfassungswidrig

Essen. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG NRW) hat am 27.7. beschlossen, dem Bundesverfassungsgericht die Frage vorzulegen, ob die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Die Essener Richter halten die Leistungen, die seit Schaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes 1993 nicht angehoben worden sind, für verfassungswidrig. Im Vergleich zu den Leistungen nach dem SGB II („Hartz-IV") reichten sie offensichtlich nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu gewährleisten. Zudem seien die Leistungen nicht in einem Verfahren bemessen worden, wie es das Bundesverfassungsgericht verlange, sondern „ins Blaue hinein" geschätzt worden.

Das Landessozialgericht hatte über die Klage eines alleinstehenden Mannes aus dem Irak zu entscheiden, der in einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber untergebracht ist und monatlich für seinen gesamten Bedarf außerhalb von Unterkunft, Heizung und Hausrat einen Betrag von 224,97 Euro erhielt. Im gleichen Zeitraum betrugen das Arbeitlosengeld II („Hartz IV") oder Sozialhilfe für Alleinstehende monatlich 351,00 Euro zzgl. Unterkunft und Heizung.

Die Essener Richter hielten die dem Kläger zustehenden Leistungen von monatlich 224,97 Euro für verfassungswidrig. Sie beriefen sich zur Begründung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Hartz-IV-Regelleistungen vom 9.2.2010 (Az. 1 BvL 1/09, 3/09 und 4/09). Das Verfassungsgericht hat darin ein Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums formuliert.

Das LSG entschied, der Gesetzgeber habe den Leistungsbedarf nicht in einem Verfahren bemessen, welches den Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an eine solche Bemessung stellt, entspricht. Er sei vielmehr „ins Blaue hinein" geschätzt worden. Bei einem so deutlichen Abweichen der Leistungen für Asylbewerber von den Hartz-IV-Leistungen könne zudem davon ausgegangen werden, dass die Leistungen offensichtlich nicht ausreichten, um das menschenwürdige Existenzminimum sicherzustellen.

Weil es das zu Grunde liegende Gesetz für verfassungswidrig hält, hat das Landessozialgericht das Klageverfahren ausgesetzt und die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Bedarfssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Sollte sich das Bundesverfassungsgericht der Ansicht der Essener Richter anschließen, müsste der Gesetzgeber die Höhe der Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz neu regeln.

(Beschluss vom 26.7.2010, Az. L 20 AY 13/09).

Quelle: 28.07. Jesuitenflüchtli8ngsrat ■

EuGH verurteilt Griechenland wegen Verstöße gegen Menschenrechtskonvention

Strassburg. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 22. Juli 2010 im Fall A.A. entschieden, dass Griechenland durch die illegale Inhaftierung eines Palästinensers aus dem Libanon mehrere Artikel der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt hat. Griechenland wurde verurteilt, dem Betroffenen 15.000 Euro Schmerzensgeld und 8.000 Euro für seine Kosten und Auslagen zu zahlen ((A.A. v. Greece (application no. 12186/08)). PRO ASYL begrüßt das Urteil aus Straßburg mit seinen klaren Aussagen zum griechischen Asylsystem. Das Urteil liest sich wie ein Verdikt über das gesamte griechische Asylsystem.

Vertreten wurde die Beschwerde, die PRO ASYL mit Mitteln seines Rechtshilfefonds unterstützt hat, von der Athener Rechtsanwältin und Menschenrechtspreisträgerin der STIFTUNG PRO ASYL, Marianna Tzeferakou. Der Fall von A.A. steht exemplarisch für Tausende von Flüchtlingen, die in den letzten Jahren in ähnlicher Weise unter erbärmlichen Umständen in Griechenland unrechtmäßig inhaftiert worden sind.

Der Palästinenser A.A. war von der griechischen Polizei auf der Insel Samos festgenommen worden. Nach seinen Angaben war er misshandelt und unter unsäglichen Bedingungen im Haftzentrum Samos festgehalten worden. Die Missstände werden im Urteil im Einzelnen dargestellt und unter Zitierung von UNHCR als Verhöhnung der Menschenwürde, Verdunkelung des internationalen Ansehens Griechenlands und eine absolute Verletzung der Menschenrechte zusammengefasst.

Im konkreten Fall kam hinzu, dass nur durch die Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen die notwendige medizinische Behandlung gewährt wurde.

Der Menschenrechtsgerichtshof stellte fest, dass sowohl aufgrund der Lebensbedingungen in den Haftzentren also auch wegen der fehlenden Sorgfalt bei der medizinischen Versorgung eine Verletzung von Artikel 3 EMRK (erniedrigende oder unmenschliche Behandlung) vorliege.

Als zweiten Verstoß gegen die EMRK benannte der Gerichtshof den mangelhaften Rechtsschutz gegen die Inhaftierung. Es sei den Gerichten nach dem griechischen Recht unmöglich, den Grund der Inhaftierung zu überprüfen. Weiterhin sei die Effektivität der Rechtsmittel dadurch behindert, dass die Inhaftierten ohne Rechtsanwälte weder Anträge stellen könnten noch angehört würden. Das griechische Haftprüfungssystem führe hier deswegen zu einer Verletzung von Artikel 5 Absatz 4 der EMRK.

Als Drittes bemängelt der Gerichtshof, dass A.A. auch noch nach seiner Asylantragstellung weiter inhaftiert worden sei. Denn während der Prüfung des Asylantrages ist der Rückführungsprozess ausgesetzt und die Inhaftierung nicht zulässig. Erschwerend kommt im Fall des A.A. hinzu, dass sein Asylantrag erst nach dem dritten Versuch entgegen genommen worden ist. Straßburg stellt fest, dass jedenfalls ab dem Zeitpunkt der Entgegennahme des Asylantrags eine Verletzung von Artikel 5 Absatz 1 der EMRK vorgelegen habe, da die Haft fortgesetzt wurde.

PRO ASYL fordert die Verantwortlichen in Griechenland auf, die vom Menschenrechtsgerichtshof festgestellten Menschenrechtsverletzungen umgehend einzustellen und die Betroffenen zu entschädigen.

Quelle: Presseerklärung ProAsyl 27. Juli 2010 ■

Generaldirektor für Inneres der EU-Kommission stellt sich hinter Menschenrechtsverletzungen auf Hoher See

Brüssel. Der Generaldirektor für Inneres der Europäischen Kommission, Stefano Manservisi, hat sich hinter die italienische Rückführungspraxis nach Libyen gestellt. Dies berichtet die Times of Malta vom 27. Juli 2010. Er wird dort mit der Aussage zitiert, gegen das zugrundeliegende Abkommen zwischen Italien und Libyen sei (EU-)rechtlich nichts einzuwenden. Die EU-Kommission ziehe allerdings ein EU -Abkommen einem bilateralen vor. Manservisi hob die positiven Ergebnisse der italienisch-libyschen Kooperation hervor. PRO ASYL hält dies für ein offenes Bekenntnis zur völkerrechtswidrigen Praxis von Zurückweisungen auf Hoher See.

Seit Mai 2009 fängt Italien Flüchtlingsboote im Mittelmeer ab und schiebt die Betroffenen ohne Prüfung ihres Flüchtlingsstatus nach Libyen ab. Dort droht die Internierung unter unmenschlichen Bedingungen. Erst im Juni verurteilte das Europaparlament in einer Entschließung Libyens systematische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen. Es forderte die EU-Mitgliedstaaten und die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX auf, Abschiebungen und Zurückweisungen nach Libyen unverzüglich zu beenden. Auch das Antifolterkomitee des Europarats hat die Rückführung afrikanischer Flüchtlinge nach Libyen durch italienische Behörden als menschenrechtswidrig und inhuman gebrandmarkt. Vor europäischen Gerichten sind mehrere Verfahren gegen Italien in dieser Sache

anhängig. Das Vorgehen Italiens verstößt gegen das Nicht-Zurückweisungsgebot der Genfer Flüchtlingskonvention. Dies verbietet die Rückschiebung von Schutzsuchenden in ein Land, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben droht. Libyen hat die Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert.

Manservisi nimmt Zuflucht zu einer Hilfskonstruktion, in dem er auf die von Libyen unterzeichnete Addis Ababa Konvention aus dem Jahr 1969 verweist. Warum sollte die libysche Regierung, bei der flagrante Völkerrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, für sich flüchtlingspolitische Verpflichtungen aus dieser Konvention herleiten?

Manservisis Vorgehen hat Methode. Er redet dem Gaddafi-Regime nach dem Mund. Erst kürzlich hat Gaddafi darauf hingewiesen, dass Libyen eine andere Flüchtlingsdefinition vertrete als die der Genfer Flüchtlingskonvention und dies zum Anlass genommen, die Arbeit des UN-Flüchtlingshochkommissariats zeitweilig zu unterbinden. Indem Manservisi Schutznormen zerredet, denen die EU-Staaten verpflichtet sind, bemüht er sich, die völkerrechtswidrigen Abschiebungen aus Italien und Malta nachholend zu legalisieren. Die EU-Kommission schweigt hierzu. Eine Klarstellung ist bislang nicht erfolgt.

Quelle: proasyl Pressemitteilung ■

Suizid in Abschiebehaftanstalt Hannover-Langenhagen

HANNOVER. Nachdem sich Slawik C. in der Abschiebehaftanstalt Hannover-Langenhagen das Leben genommen hat, fordern die Grünen von Innenminister Schünemann eine zeitnahe Aufklärung zu einem BKA-Bericht, der Fragen aufwirft:

„Ein Suizid in der Abschiebehaft muss auch jenseits staatsanwaltlicher Ermittlungen zu den Umständen und Hintergründen des Freitodes als absolutes Warnzeichen begriffen werden", sagte der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag, Stefan Wenzel, angesichts neuer Hintergründe zu dem aktuellen Fall aus der Justizvollzugsanstalt Hannover-Langenhagen. In einem Brief an Innenminister Schünemann fordert Wenzel noch innerhalb dieser Woche Aufklärung über einen BKA-Bericht, der vermuten lässt, dass Herr Slawik C. mit falschen Personalpapieren abgeschoben werden sollte. Diese Informationen seien auch erforderlich, um die von den Grünen bereits beantragte Unterrichtung im Rechtsausschuss vorbereiten zu können.

Den Unterlagen zufolge sollte Herr C. nach Armenien abgeschoben werden, obwohl das BKA bei einem Lichtbildvergleich feststellte, dass die von der Ausländerbehörde unterstellte Identität falsch war. „Der Lichtbildvergleich verlief negativ. Es handelt sich um verschiedene Personen", schrieb das BKA an Landkreis und Polizei. Trotzdem betrieb die Ausländerbehörde offenbar eine Abschiebung und Inhaftierung mit den offensichtlich nicht korrekten Personal-Dokumenten. Damit hatte Herrn Slawik C. die Abschiebung in ein falsches Land gedroht, sagte Wenzel.

Quelle: Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag 27.7.2010 ■



Brandenburg und Berlin lockern die Residenzpflicht – ein bisschen

Am Donnerstag, den 29. Juli 2010, traten in Berlin und Brandenburg zwei Erlasse in Kraft: Künftig sollen Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge Dauererlaubnisse für den Aufenthalt im jeweils anderen Land erhalten. Die Erlasse sehen jedoch strenge Ausschlussgründe vor. Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg dazu: „Wir fordern Nachbesserung!"

Die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg freuen sich über die längst überfällige Lockerung der Residenzpflicht und hoffen, dass sie Signalwirkung auf andere Bundesländer haben wird. Allerdings befürchten wir, dass wegen der restriktiven Ausschlussgründe nur wenige Flüchtlinge von der Neuregelung profitieren werden.

In der gestrigen Pressemitteilung der beiden Innenverwaltungen heißt es beispielsweise: „Stellt sich heraus, dass Geduldete ihre Rückführung vorsätzlich verzögern, indem sie ihre Identität verschleiern oder bei der Passbeschaffung nicht mitwirken, wird die Erlaubnis widerrufen."

Dieser Vorwurf betrifft in der Praxis bis zu 50 Prozent der Geduldeten – in sehr vielen Fällen zu Unrecht. Schon bei Fehlen eines gültigen Reisepasses werfen die Ausländerbehörden den Betroffenen i.d.R. mangelnde Mitwirkung vor. Sehr oft ist aber die Beschaffung eines Passes gar nicht möglich.

Manche Herkunftsstaaten wollen Flüchtlinge aus politischen Gründen nicht zurücknehmen, einige Botschaften arbeiten nicht ordnungsgemäß, manche Botschaften stellen Pässe nur gegen hohe Schmiergelder aus und in vielen Fällen wird für den Passantrag auf die Zuständigkeit der Behörden im Herkunftsland verwiesen. Nicht selten – häufiger z. B. bei den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – mag keine der in Frage kommenden Botschaften die Staatszugehörigkeit bestätigen.

„Die Bewegungsfreiheit vieler Flüchtlinge wird weiterhin vom Ermessen der Sachbearbeiter in den örtlichen Ausländerbehörden abhängen. Das ist völlig inakzeptabel. Hier fordern wir Nacharbeit", so Kay Wendel vom Flüchtlingsrat Brandenburg.

Auch die angekündigte Bundesratinitiative ist nicht zufriedenstellend: Nach dem Willen von Innensenator Körting und seinem Brandenburger Amtskollegen Speer sollen die Länder aufgrund besonderer örtlicher Verhältnisse landesgrenzüberschreitende Residenzpflichtbezirke schaffen können. Am Grundsatz der im Aufenthaltsgesetz und im Asylverfahrensgesetz bundesweit festgelegten Residenzpflicht würde das jedoch nichts ändern.

Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin: „Wir erwarten, dass sich beide Innenminister auf Bundesebene unmissverständlich für eine generelle Abschaffung der Residenzpflicht einsetzen. Der Landtag in NRW hat eine solche Initiative kürzlich beschlossen und dabei auf die Unterstützung Berlins und Brandenburgs gehofft."

Gemeinsame Pressemitteilung der Flüchtlingsräte Brandenburg und Berlin ,http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/print_neue_meldungen.php?sid=498 ■

Staatsbürgerschaftsbewilligungen in Europa gesunken

Die Annahme der Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Schritt in Richtung Integration. Deswegen ist es bedenklich, wenn die Zahl der jährlichen Staatsbürgerschaftsbewilligungen in Europa nun im zweiten Jahr in Folge zurück geht.

696.000 Menschen in Europa nahmen 2008 die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates an, 11.000 weniger als im Vorjahr. Allerdings scheint sich der Abschwung mit zwei Prozent gegenüber vier Prozent des Vorjahres abzuschwächen. Frankreich, Großbritannien und Deutschland vergeben zusammen über 50

Prozent der Staatsbürgerschaften in den 27 Mitgliedsstaaten der EU. Während allerdings in Frankreich verglichen mit 2007 ein moderater Anstieg der Bewilligungen verzeichnet wurde, wurden in den beiden anderen Ländern über zwanzig Prozent weniger Staatsbürgerschaften vergeben.

Schweden ist das Land mit den höchsten Bewilligungsraten bezogen auf die Einwohnerzahl und auch im Vergleich zu der Anzahl der Ausländer und Ausländerinnen im Land. Deutschland rangiert hier, nicht sehr überraschend, vergleichsweise weit unten. Gründe für die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und der Anzahl der Ausländer und Ausländerinnen schlechte Einbürgerungsrate sind in den in den letzten Jahren verschärften Anforderungen für Einbürgerungswillige sowie dem Ablehnen von doppelter Staatsbürgerschaft zu suchen.

Die Publikation zum Download: Eurostat statistic in focus, 36/2010 Quelle: Publikation „Europa:Integriert Juli 2010“ ■

Belgische Ratspräsidentschaft lässt Fragen zu FRONTEX unbeantwortet

Zu der Präsentation der Prioritäten des belgischen EU-Ratsvorsitzes im Bereich Einwanderung und Asyl im Innenausschuss am 13.7. heißt es in einer pressemitteilung der grünen Europaabgordnete Ska Keller:

„Bei der heutigen Vorstellung des belgischen Staatsekretärs Melchior Wathelet wurde wieder viel geredet und wenig gesagt. Ich finde es schockierend, dass zwar wie immer die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und FRONTEX unterstrichen wurde, aber die Frage nach einer Untersuchung von mehrfach berichteten Menschenrechtsverletzungen durch die Grenzschutzagentur trotz Nachfragens unbeantwortet bleibt. Auch in Bezug auf die Verhandlungen zur Visa-Liberalisierung mit Albanien und Bosnien schwieg der Staatssekretär.

Ich freue mich aber darüber, dass der belgische Ratsvorsitz die Notwendigkeit unterstrichen hat, bis 2012 eine echte gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik der Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit einem gemeinsamen Asylverfahren und einem einheitlichen Rechtsstatus für Personen, die internationalen Schutz benötigen, durchzusetzen. Ein EU-weites einheitliches Asylsystem ist seit Jahren mehr als überfällig und ich hoffe dass die belgische Ratspräsidentschaft intensiv daran arbeiten wird – ohne von der deutschen Bundesregierung dabei blockiert zu werden.“

Quelle: Pressemitteilung Ska Keller, MdEP 13. Juli 2010 ■

Zwangs-Verlegung gestoppt: Alle Flüchtlinge bleiben in Landshut!

Die Regierung von Niederbayern musste die Verlegung der Landshuter Flüchtlinge nach Schöllnstein abbrechen. Und die Stadt Landshut bringt nun die Flüchtlinge vorübergehend in Notquartieren unter.

Die Flüchtlinge hatten sich wie angekündigt geweigert (siehe auch AN 15/2010) den Bus zu besteigen, der sie nach Schöllnstein im Landkreis Deggendorf bringen sollte. Ihrem Protest und der Unterstützung der Landshuter Zivilgesellschaft ist es zu verdanken, dass die Regierung von Niederbayern eingeknickt ist und ihre menschenverachtende Umverteilungsaktion abbrechen musste.

Die Kaserne, die als provisorische Unterkunft bis zum Neubau des Flüchtlingslagers genutzt werden kann, geht Anfang nächste Woche in Betrieb. Die Stadt Landshut stellte bereits die Versorgungsleitungen für Strom und Wasser wieder her, es fehlt lediglich noch die Abnahme durch Handwerksbetriebe (...)



„Endlich wurden die maroden Holzbaracken der Flüchtlinge in Landshut geschlossen. Alle, die sie einmal gesehen haben, bekamen einen Eindruck von dem Martyrium, das die dort untergebrachten Flüchtlinge erlitten haben“, kommentiert Alexander Thal vom Bayerischen Flüchtlingsrat. „Aber nur den Protesten der Flüchtlinge ist es zu verdanken, dass sie nicht in bewährter Manier der Regierung von Niederbayern innerhalb kürzester Zeit in den Bayerischen Wald verlegt wurden, um öffentliche Kritik zu vermeiden.“



Die Kritik von Innenminister Joachim Herrmann und Sozialministerin Christine Haderthauer weist der Bayerische Flüchtlingsrat entschieden zurück:

„Gerade die Verantwortlichen bei der Regierung von Niederbayern und der Bayerischen Staatsregierung wollen uns unterstellen, wir würden uns nicht um die Interessen der Flüchtlinge kümmern. Dabei sind sie dafür verantwortlich, dass die Flüchtlinge jahrelang unter den menschenunwürdigen Bedingungen in Landshut leiden mussten.

Nur deren Protest hat verhindert, dass sie nicht auch noch die Pannen der Regierung ausbaden müssen. Es ist uns eine Ehre, dass wir ihnen dabei öffentliches Gehör verschaffen konnten“, kommentiert Thal.

www.fluechtlingsrat-bayern.de ■
Fotos: www.arbeiterfotografie.com

BRANDNEU: Egon Neuhaus: Spinnewipp

„Als ich am 25. Juni 1922 in der westfälischen Fabrikstadt Lüdenscheid das gebrochene Licht in einem Mietshaus erblickte, war's gerade rot auf dem Kalenderblock." Der kleine Egon Neuhaus ist ein Sonntagskind. Und sehr dünn, ein „Spinnewipp", ein Spinnweben. Nach wenigen Jahren geht die Ehe der Eltern in die Brüche, das Kind wird zur Großmutter gegeben. 1933 stirbt die Oma, und der Spinnewipp kommt ins Heim. Dort entdeckt er seinen rebellischen Geist. Er wird bald zur Landarbeit gezwungen, reißt aus, erlebt die ersten sechs Jahre des Dritten Reichs hauptsächlich in Erziehungsanstalten, die zweite Hälfte übersteht er knapp in der Wehrmacht. 1945 gerät er in russische Gefangenschaft, 1947 kehrt er heim.

Da er keine Arbeit findet, schlägt er sich als Schmuggler, auf dem Bau und später als „Goldgräber", als Schrottsammler durch. Er wohnt in Dortmund in einem ehemaligen Luftschutzbunker, von den Bewohnern ironisch „Paradies" genannt. Nebenher beginnt er zu zeichnen. Nach der Währungsreform schließlich verlässt Neuhaus den Bunker und die Schrottplätze, um in München ein neues Leben zu beginnen.

Egon Neuhaus wurde am 25. Juni 1922 in Lüdenscheid geboren, er starb am 6. Februar 2008 in München. Nach der im „Spinnewipp" beschriebenen Zeit arbeitete er in München in einer Altpapierfabrik. Einige Radiobeiträge und kleinere Veröffentlichungen in Zeitungen erscheinen. Er war in diversen linken Gruppen politisch engagiert. Die Bücher, Pamphlete und Zeitdokumente, die der unermüdliche Sammler Neuhaus sicherstellte, bereichern die Sammlungen der Monacensia und des Münchener Stadtarchivs. In letzterem ist auch ein Teil seines Nachlasses archiviert.

400 Seiten, Broschur, 13 Euro
ISBN: 978-3-940426-01-7
Mehr Infos unter: http://www.verbrecherverlag.de/buch/253
Verbrecher Verlag, Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin, Tel.: 030/28385954 Fax.: 030/28385955, www.verbrecherverlag.de

Henning Borggräfe: Schützenvereine im Nationalsozialismus

Schützenvereine erfreuen sich als wichtige Instanzen lokaler Vergesellschaftung hoher Attraktivität. Doch trotz eines äußerst ausgeprägten Traditionsbewusstseins klaffen mit Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus große Lücken im eigenen Geschichtsbild. Entweder klammern die Vereine die Jahre nach 1933 weiträumig aus oder sie beanspruchen eine Opferrolle für sich. Dabei berührten die auch in der historischen Forschung bisher kaum eingehend untersuchten Schützen mit ihrer Praxis der Gemeinschaftspflege und des Schießens zwei Kernziele des Regimes: die Realisierung der »Volksgemeinschaft« und die Vorbereitung auf den Krieg. Die vorliegende Untersuchung leistet einen Beitrag zur Beantwortung der Frage nach den konkreten Handlungsspielräumen gesellschaftlicher Akteure im Nationalsozialismus.

Sie steht im Kontext der neueren Forschungsdiskussion zur Bedeutung des Handelns »normaler Deutscher« im NS-Staat und zur Frage der Wirkungsmacht der »Volksgemeinschaft«.

Henning Borggräfe schildert anhand westfälischer Beispiele, wie sich die Schützenvereine organisatorisch in die reichsweiten Verbandsstrukturen einfügten und mit dem Nationalsozialismus arrangierten. Er beschreibt die Aneignung nationalsozialistischer Ziele und die eigenen Bestrebungen unter den Schützen als zusammenhängenden, sich wechselseitig beeinflussenden Prozess, der zur Stabilisierung der NS-Herrschaft beitrug.

Forum Regionalgeschichte Band 16
Pflege der »Volksgemeinschaft« und Vorbereitung auf den Krieg (1933-1945), Mai 2010, 128 S., 12,90 EUR
ISBN 978-3-87023-110-1, Lieferbar
Broschur, Format: 15,0 cm x 22,5 cm
Ardey Verlag Münster
Mehr:
http://www.ardey-verlag.de/texte/9783870231101.html
http://www.ardey-verlag.de/texte/f16ini.pdf

Auf nach Ziegenhals: Protest- und Gedenkkundgebung am Sonntag, den 22. August 2010, 11:30 Uhr

anlässlich des 66. Jahrestages der Ermordung Ernst Thälmanns im Konzentrationslager Buchenwald

Es wird die erste Kundgebung in Ziegenhals nach der üblen Schleifung der antifaschistischen Ernst-Thälmann-Gedenkstätte sein. Dieser Abriss konnte durch Ministerpräsident Platzecks, der Landesregierung, der Landesrichter und durch Landrats Gnaden vollzogen werden – gegen sie richtet sich unser Protest und unsere Wut.

Aber sie richtet sich auch gegen jenen, der sich auf den Trümmern eines Gedenkortes gnadenlos persönlich bereichern will – und den Willen der Öffentlichkeit mit Füssen tritt.

Es werden die ersten fertig gestellten Tafeln unserer Wanderausstellung zu sehen sein.

Max Renkl
Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V., Ziegenhals

Programm:
Sonntag, 22. August 2010, 11.30 Uhr
vor dem Gelände der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Ziegenhals
Gedenk- und Protestkundgebung
Es sprechen:
Tobias Pflüger (MdB, Mitglied des Parteivorstandes Die Linke) – angefragt
Vera Dehle-Thälmann (Enkelin von Rosa und Ernst Thälmann)
Renate Schönfeld (Pastorin i. R.)
Moritz Hieronimy (Schüler aus Berlin)
Es wirkt mit:
Schalmeienorchester Fritz Weineck, Berlin – angefragt

Veranstalter: Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte" e.V., Ziegenhals
Email: vorstand@etg-ziegenhals.de
Internet: http://www.etg-ziegenhals.de ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Väter und Mütter des Grundgesetzes: „Kollaborateure der Alliierten"

„Mann ohne Profil" ist der das Augustheft beherrschende Hauptartikel von „Zuerst!" überschrieben. Es geht um den neuen Bundespräsidenten Christian Wulff und die Antipathie der Autoren MANUEL OCHSENREITER, GÜNTER D. FRANKE und HERBERT NEUBER wird schon aus dem Untertitel mehr als deutlich: „Christian Wulff ist neuer Bundespräsident. Er könnte Positives bewirken – doch er steht für nichts, außer für sich selbst." Die Zwischenüberschriften, durch die der mehrseitige Beitrag gegliedert wird, widersprechen dieser Behauptung allerdings, suggerieren einige doch eine Linie bei Wulff: „ Wulff ist ein Musterschüler in Sachen Multikulti und Einwanderung... Nach der Landtagswahl 2008 machte Wulff Multikulti zur Chefsache... Warum haben ausgerechnet die polnisch-deutschen Beziehungen eine überragende Bedeutung?". Christian Wulffs Engagement für eine realistischere Integrationspolitik als sie der rechte Rand der Union vertritt, ist ein Hauptkritikpunkt der Zuerst!-Autoren: „Als niedersächsischer Ministerpräsident wollte Wulff vor allem eines sein: Musterschüler in Sachen Multikulti und Vorliebe für Ausländer in höchsten Positionen. Als seinen Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten baute er konsequent David McAllister auf, der als Sohn einer deutschen Mutter und eines schottischen Vaters die doppelte Staatsbürgerschaft – deutsch und britisch – besitzt.... Ein weiterer Kopf aus Wulffs Kaderschmiede ist der heutige Bundesgesundheitsminister Philipp Rößler (FDP). Der aus Vietnam stammende Politiker gilt zwar als fachkompetent – er ist Arzt – doch seine Blitzkarriere bis ins Amt eines Bundesministers war keineswegs zwangsläufig. Solche Coups sollten den Provinzpolitiker Wulff als weltmännisch erscheinen lassen. Doch die Konsequenzen für die deutsche Innenpolitik sind fatal. Künftig wird es noch einfacher werden, Migranten in wichtige Positionen zu hieven".

Aus dieser fast verschwörungstheoretisch erscheinenden Argumentation wird vor allem eines deutlich: der tiefsitzende völkische Rassismus der drei Autoren, für die selbst in Deutschland Geborene oder als Kleinkinder ins Land gekommene Menschen als „Ausländer" gelten. Der Grund für Wulffs Personalentscheidungen soll übrigens in wahlpolitischem Opportunismus liegen: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß Wulff zu jenen Christdemokraten gehört, die – unbeirrt von Rückschlägen und Ernüchterungen – mit den Zuwanderer-Gruppen in der Bundesrepublik ins Geschäft kommen wollen und nicht akzeptieren mögen, daß die Union hier traditionell die schlechteren Karten hat".

Aber nicht nur seine Integrationspolitik macht Wulff rechts verdächtig, da gibt es auch noch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen. „Mit ihr fährt die Union einen unverblümt sozialistischen Kurs, der der untergegangenen DDR alle Ehre Macht." Als Leser kratzt man sich am Kopf und ist ratlos: DDR-Politk durch Ursula von der Leyen? Zuerst! Gibt sich davon überzeugt: „Ob Propaganda für die berufstätige Frau oder Kita für alle – es sind uralte linke Forderungen, die unter von der Leyen im Bundesfamilienministerium umgesetzt wurden". Und auch die wurden von langer Hand geplant: „Was offiziell als ‚Geschlechtergerechtigkeit' daherkommt, ist in Wirklichkeit das Gegenteil. Denn ‚Gender-Politik' geht allen Ernstes davon aus, daß es die biologischen Geschlechter von Mann und Frau in Wahrheit gar nicht gibt. Gender-Ideologen behaupten, das Geschlecht forme sich erst durch soziale Erfahrung und Selbstwahrnehmung. Dahinter steckt das Dogma der Ur-Emanze Simone de Beauvoir: ‚Als Frau wird man nicht geboren. Man wird dazu gemacht.' Demzufolge kann und darf es keine ‚natürlichen' Geschlechterrollen mehr geben. Die müssen beherzt ‚aberzogen' werden – Hauptsache man fängt früh genug damit an, möglichst schon im Kleinkindalter. Das funktioniert am erfolgversprechendsten, wenn man den Einfluß der Eltern eindämmt und den staatlicher Pädagogen, Therapeuten und Sozialexperten hinaufschraubt. Das vor allem dürfte hinter der wohlfeilen Forderung nach flächendeckender Kita-Versorgung stecken. Die Ganztagsschule ist der nächste konsequente Schritt."

GÜNTER MASCHKE, vor vierzig Jahren ein Linker, wird als „Privatgelehrter, Schriftsteller und Publizist", der „zahlreiche Beiträge, insbesondere zu den Werken von Juan Donoso Cortés und Carl Schmitt" publiziert habe, zu Christian Wulff interviewt. Die Person des Bundespräsidenten spielt im Interview allerdings keine zentrale Rolle, vielmehr geht es um Prinzipielles: „Ich glaube, daß dieses Volk und diese Nation sich selbst einfach nicht mehr will. Die Deutschen haben längst resigniert. Deutschland will anscheinend aufgehen in einem diffusen Europa oder in einer diffusen Welt.... Das hat mit unserer Geschichte zu tun oder besser gesagt damit, wie wir unsere Geschichte offiziell serviert bekommen.... In Deutschland haben wir mittlerweile ein solch atomisiertes Bewußtsein, daß wir gar nicht mehr in Generationen denken, daß der Begriff ‚Volk' uns gar nichts mehr sagt. Wir sind nur noch Individuen. ... Unsere Staatsräson ist eigentlich in ziemlich knappe Sätze zu fassen: Wir bereuen viel und das die ganze Zeit. Aber wir sind wirtschaftlich erfolgreich, daher müssen wir ständig für andere etwas abzwacken. Das macht sich im Zusammenspiel mit der Reue gut."

Symptomatisch für Maschkes antidemokratische Haltung ist seine Antwort auf die Frage nach einem „Verfassungspatriotismus": „Dieses Grundgesetz, das wir haben, wurde ja nicht von den Deutschen erstritten – es ist ein im weitesten Sinne von außen befohlenes Gesetzeswerk. In gewisser Weise waren die deutschen Politiker, die daran mitwirkten, Kollaborateure der Alliierten.... Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß Westdeutschland dieses Grundgesetz in einem Zustand vollständiger Handlungsunfähigkeit, Ohnmacht und auch Passivität übergestülpt wurde. Daher sehe ich gar keinen Anlaß, weshalb man sich mit dem Grundgesetz identifizieren sollte."

Antikommunismus verbindet, zumindest was den Kandidaten der SPD und der Grünen bei der Bundespräsidentenwahl, Joachim Gauck anbelangt. Günter Maschke: „Mir persönlich hätte Gauck als Bundespräsident auch besser gefallen". Und Rainer Ortleb, früherer FDP-Bundesminister, der für eine „nationalliberale" Partei eintritt: „Ja, meine Stimme hätte Joachim Gauck bekommen. Aber nicht erst bei der geheimen Abstimmung. Nein, ich hätte aus meiner Präferenz auch vorher kein Hehl gemacht." *tri* ■